

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 2,— M., fürs
Ausland 2,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 75 Pfennig pro
Agespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 17 .: 34. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 30. April 1920

Vom 1. Mai an müssen bereits die neuen erhöhten Beiträge erhoben und bezahlt werden. Die alten Beitragsmarken stehen den Ortskassierern nur bis zum 15. Mai zur Verfügung. Ab 16. Mai müssen Restwochen für April mit den neuen höheren Beiträgen bezahlt werden.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse. Treue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 18 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 1. Mai in Händen der Redaktion sein.

An unsere Mitglieder!

Auf Grund der Beschlüsse des gemeinschaftlichen Verbandstages in Halle wird am 1. Mai dieses Jahres die neue Organisation,

Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilleverband

ins Leben treten.

Soweit es noch nicht geschehen, haben die Ortsverwaltungen alles zu veranlassen, um die Verbandsgeschäfte einheitlich zu regeln und den Aufbau der örtlichen Organisation zu fördern. Wir hoffen, daß man sich gegenseitig das nötige Vertrauen entgegenbringt, um möglichst auf die uns noch fernstehenden Sattler und Tapezierer einzuwirken.

Um bald in der Lage zu sein, ein übersichtliches

Adressenverzeichnis

herausgeben zu können, bitten wir, recht bald die neuen Adressen an den Vorstand einsenden zu wollen.

Das neue Statut

ist im Druck und wird aller Voraussicht nach noch vor dem 1. Mai zum Versand kommen. Die Herstellungskosten sind enorm hoch, und werden die Mitglieder gebeten, recht sorgsam mit den Verbandsmaterialien umzugehen. Die Funktionäre werden ersucht, über die Ausgabe der Statuten Kontrolle zu üben.

Die neuen Beiträge

treten mit dem 1. Mai in Kraft. Wer am 16. Mai seine Beiträge für April noch nicht gelebt hat,

muß diese Restbeiträge mit den neuen Beitragsmarken begleichen. Jeder beeile sich daher, seine Reste zu begleichen.

Da die Beitragsregulierung nur in einem Bruchteil der Ortsverwaltungen richtig geregelt ist, dürfte es angebracht sein, allen Mitgliedern nochmals die Frage vorzulegen:

Welchen Beitrag habe ich zu zahlen?

Hierauf gibt der § 6 klare Auskunft. Dort heißt es:

„Der wöchentliche Beitrag beträgt in der 1. Klasse 3 M., 2. Klasse 2,50 M., 3. Klasse 2 M., 4. Klasse 1,50 M., 5. Klasse 1 M., 6. Klasse 50 Pf.“

Die letzte Beitragsklasse gilt nur für Jugendliche unter 16 Jahren. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung entscheidet jede Ortsverwaltung über die Wahl der Beitragsklasse, die für ihre Mitglieder gelten soll.

Die Zahlstellen sind jedoch verpflichtet, diejenige Beitragsklasse zu wählen, die dem durchschnittlichen Stundenlohn des Ortes resp. des Berufes am nächsten steht.

Bei großen Lohnunterschieden können in einer Verwaltungsstelle für die einzelnen Mitgliedergruppen verschiedene Wochenbeiträge festgesetzt werden. Die Wahl der Beitragsklasse oder mehrerer Klassen bedarf der Zustimmung des Verbandsvorstandes.“

Wenn also ein Mitglied pro Stunde mehr als 3 M. verdient, dann darf er nicht die 2. oder gar die 3. Klasse wählen. Ebenso ist es unzulässig, daß weibliche Mitglieder mit Stundenlöhnen gegen und über 2 M. nur 1 M. Beitrag bei uns anmelden lassen.

Die Mitglieder schädigen sich dadurch nur selbst, denn im Falle eines Kampfes können sie nur entsprechend niedriger unterstützt werden.

Am 1. Juli 1920

tritt das neue Statut mit seinem ganzen Unterstützungsbau in Kraft. Bis dahin werden eintretende Unterstützungsfälle nach den Bestimmungen der Organisation geahndt, der das Mitglied bis zum 1. Mai angehört hat.

Das Verbandsbureau

bleibt vorläufig noch Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b.

Nach den Beschlüssen des Verbandstages wurden zum

1. Vorsitzenden Peter Blum,
2. Vorsitzenden Franz Spließt,
- Kassierer Alfred Riebel

bestimmt.

Die Ortsverwaltungen werden gebeten, möglichst die persönliche Adresse zu benützen, und sind Briefe allgemeinen Inhalts und die Verwaltung betreffend an Kollegen Blum, und Briefe, die nur Lohnbewegungen betreffen, an Kollegen Spließt zu richten.

Rassenangelegenheiten, Materialbestellungen sind an den Rassenführer Kollegen Riebel zu adressieren. Auch bitten wir, bei Bestellungen die Vordrucke und Bestellkarten zu benutzen.

Bei Geldsendungen ist streng darauf zu achten, daß nur das Postfachkonto Nr. 11502, Alfred Riebel, Berlin SO. 16 bei dem Postfachamt Berlin NW. 7 benützt wird.

Von den Berliner Verwaltungsstellen wurden als Beisitzer in den Verbandsvorstand gewählt: Vom Sattler- und Portefeuilleverband die Kollegen August Blume, Erich Schüttke, Fritz Ehrhardt und Fritz Koch.

Vom Tapeziererverband die Kollegen Otto Beclik und Fr. Leuf.

Die Sitzungen des Vorstandes finden in der Regel Montags statt. Einsendungen, welche nur durch Vorstandsbefehl erledigt werden können, müssen spätestens bis Sonnabend hier einlaufen.

Laut Verbandstagsbeschlusses wird unser neues Organ aus postalischen Gründen erst am 1. Juli erscheinen und betitelt sich:

„Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung“.

Als Redakteur wurde der Kollege

Gustav Becker

gewählt, welcher gleichfalls seinen Sitz vorläufig im Verbandsbureau, Brückenstr. 10b, hat. Bis zum 1. Juli bleibt die „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ noch das Publikationsorgan unseres Verbandes und sind alle Einsendungen an Kollegen Becker zu richten. Der Redaktionsschlus für die nächste Nummer tritt immer Sonnabends ein. Später einlaufende Berichte müssen zurückgestellt werden.

Bei Bestellungen der Anzahl der Exemplare der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ und der „Frauen-Zeitung“ wird gebeten, stets die vordruckte Karte mit dem Aufdruck an die Expedition der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ zu benützen. Ferner bitten wir um die Adresse für die Zustellung der Zeitung.

Der Ausschus.

Nach dem Beschluß des Verbandstages ist der Sitz des Ausschusses Offenbach am Main, und wurde als Vorsitzender der Kollege

Georg Jung,

Offenbach a. M., Biebererstr. 27, III., gewählt.

Nach § 10 unseres Statuts sind Beschwerden über Beschlüsse des Vorstandes oder über das Verbandsorgan zu Händen des Vorsitzenden des Ausschusses, Kollegen G. Jung, zu richten.

Die neue

Gau- und Bezirkseinteilung

wird demnächst veröffentlicht werden und bitten wir die Ortsverwaltungen, sich einstweilig

an die bisher zuständigen Gauleiter wenden zu wollen, bis wir die Gesamtübersicht befanntgeben können.

Mitglieder, Funktionäre! Wenn dieses Blatt in Eure Hände kommt, ist der neue Verband bereits zur Tatsache geworden. In vielen kleineren Ortsverwaltungen ist man rege bei der Arbeit, um die Organisation zu vollenden. Soweit es an dem Vorstand liegt, werden wir trotz der Ungunst der Verhältnisse alles tun, um dem Drange nach vorwärts freie Bahn zu schaffen.

In den ersten Wochen werden sich die Geschäfte nicht so glatt erledigen lassen und wird gegenseitig Rücksicht genommen werden müssen.

Wir bitten also um möglichste Unterstützung durch prompte Beachtung der gegebenen Richtlinien und zeichnen mit

Kollegialischem Gruß

Der Verbandsvorstand.

S. A.: Blum.

Maifeier 1920.

Es war vor 30 Jahren, im Jahre 1890, als die organisierten Arbeiter aller Länder zum ersten Male den Ruf erschallen ließen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe feierlich zu feiern. Die Anregung erfolgte auf Grund des Beschlusses eines internationalen Arbeiterkongresses, der im Jahre 1889 in Paris tagte. Der Fall des berüchtigten Sozialistengesetzes im Jahre 1890 hatte auch in Deutschland freiere Regungen der Arbeiterschaft ermöglicht. Freilich, als das Sozialistengesetz formell fiel, war es längst schon überwunden; ein bereits erreichter Zustand wurde eben nur noch durch die Aufhebung bestätigt.

Die Arbeiterschaft hatte wieder einmal bewiesen, daß der Geist sich nicht unterdrücken läßt; er sprengt alle Banden, streift alle Fesseln ab, die zu seiner Enkelung erdrossen werden.

Es ist zweifellos ein erhebender Gedanke, wenn in der ganzen Erdenwelt Millionen gleichgesinnter Menschen für gleich edle Menschheitsziele demonstrieren.

Gerade in unserer armen Zeit ist es daher notwendig, die Maifeier so imposant als nur möglich zu gestalten. Denn wo finden wir anders noch Sinn für einen gesunden Idealismus, als bei jenen Arbeitern und Volksgenossen, die selbstlos für die Ziele des Sozialismus eintreten. In den meisten Menschen herrscht leider noch der Egoismus. Der persönliche wie der Klassenegoismus ist es, der den Sozialismus nicht aufkommen lassen möchte. Viele Menschen nennen sich heute Sozialisten und Kommunisten. Prüfen wir sie auf Herz und Nieren, sehen wir zu, welcher Art ihre Taten sind, dann entdecken wir zu unserem Leidwesen noch viel zu oft, da stimmt etwas nicht. Worte und Taten sind eben zweierlei. Wir finden dann, daß es ein sonderbarer Sozialismus und Kommunismus sein muß, der nur darauf bedacht ist, wie er es dem Kapitalisten nachmacht im Auffammeln von Schätzen. Der rohe Materialismus macht sich breit, bis tief in die Arbeiterklasse hinein und droht jeden Gemein Sinn zu ersticken.

Kein Tag ist geeigneter wie der 1. Mai, unsern Sinn aufs neue hinzulenken auf die geistigen Ideale, die allein imstande sind, die Menschheit frei und glücklich zu machen. Gibt es etwas Erhebenderes als jenen gemeinsamen Willen, das Gesamtwohl fördern zu helfen? Das eigene persönliche Interesse, den persönlichen Vorteil zurückzustellen und dem Menschenbruder die helfende Hand zu bieten.

Maifeier heißt Menschheitsverbrüderung — Menschheitsversöhnung.

Und was tut in unserer Zeit mehr not? Hat nicht der Weltkrieg die besten Keime der Saat des Sozialismus erstickt und zertreten, statt die Nordmächten zu zertrümmern und zu vernichten, hat sich das Weltproletariat im gräßlichen Blutrausch selbst vernichtet und geschlagen. Die rohen Urtriebe sind wieder emporgewuchert; statt Bruderliebe und Versöhnung zu fördern, tobt der wildeste Bruderhaß und feiert Orgien, über die man weinen möchte.

Und wer freut sich am meisten über diesen Bruderkampf? Das sind die Feinde der Arbeiter! Geht doch ihr ganzes Sinnen und Trachten nur dahin, wie sie ihre bevorzugte soziale und politische Stellung erhalten, bzw. in der früheren Machtfülle wiederherstellen können.

Es will ihnen nicht in den Kopf hinein, daß der Arbeiter nicht mehr der recht- und willenslose Sklave sein soll und sein will, als den sie ihn so lange furant und ausgebeutet haben. Wir appellieren nicht an das Gewissen, nicht an das Gerechtigkeitsgefühl der Kapitalisten, Egoisten und Ausbeuter der Arbeiter, denn ein solcher Appell wäre nur bei einigen seltenen Exemplaren dieser Gattung Mensch wirksam, sondern an den Verstand der Arbeiter wenden wir uns.

Ihr habt die Macht in Händen,

Wenn Ihr nur einig seid.

Draßt Eure Kräfte zusammen,

Dann sind wir bald befreit.

Berleiht Euch nicht länger im sinn- und zwecklosen Bruderkampf, zum Nutzen und Gaudium unserer gemeinsamen Feinde. Es kommt nichts dabei heraus als Aergern und Verdruß.

Maienzeit.

O Maienzeit, o Blütenraum,

O holde Frühlingssonne.

Im Zauberkraut prangen Blüten und Auen,

Es läßt des Lebens Wonne.

Doch finstere Mächte herrschen noch

Auf dieser schönen Erde.

Der Menschenhaß bestimmt das Los,

O, daß es heil doch werde.

Mein Maientraum schweift weit und hoch,

Ich höre ein liebliches Klingeln.

Die Finsternis sie weicht doch,

Die Freiheit regt ihre Schwingen.

O Menschen, o Völker, am Maientag,

Bedenkt doch das alle, ihr Brüder,

Reicht alle euch die Freundeshand,

Singt jubelnd Versöhnungslieder.

O Maienzeit, o Blütenraum,

Du meines Herzens Wonne,

Erhebt uns über Zeit und Raum,

Im goldnen Strahl der Sonne!

Unser Ziel ist ein gemeinsames. Können wir uns nicht auf ein und denselben Wege zu diesem Ziele fortbewegen, gut, dann gehen wir verschiedene Wege; wir wollen uns aber nicht gegenseitig unnütze Steine in den Weg rollen.

Was hülfte es dem einen, wenn der andere strauchelt und womöglich hinfällt. Wer auch auf seinem Wege zuerst ans Ziel gelangt, er wird dem anderen dadurch nützen, daß er die Stätte bereitet, wenn er früher ankommt.

Was wir wollen? Licht und Luft, gute Wohnung, Kleidung, ausreichende Ernährung. Wir wollen arbeiten, aber nicht um einzelne Menschen übermäßig zu bereichern, sondern damit Not und Elend gebannt und von unseren Mitmenschen ferngehalten werden kann. Wir wollen, daß alle Menschen aufs beste erzogen und gebildet werden, damit sie gute, verständige Mitbürger werden, die alle jene Eigenschaften besitzen, die wir im modernen Sozialstaat brauchen und heute leider noch so bitter vermissen.

Die Verwirklichung des sozialen Idealstaates ist daher, man mag sagen was man will, letzten Endes eine Erziehungsfrage. Hätten wir am Tage der Revolution über genügend gekulte und befähigte Kräfte verfügen können, wir wären längst weiter, als wir es bereits sind.

Da hilft kein Betern, kein Klagen; wir müssen die Dinge nehmen wie sie sind, nicht wie sie sein könnten.

Eng beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Na, wir können uns im Kopfe leicht allerlei recht

hübsche Luftschlösser bauen und die nettesten Zukunftsbilder entwerfen, die rauhen Tatsachen erinnern uns immer wieder an Zeit und Raum und zwingen uns in ihren Vann.

Wir sind eben alle mehr oder weniger abhängig von den Verhältnissen, unter denen wir in der Gegenwart leben; es nützt alles nichts, wir können uns nicht davon freimachen. Und so kommt es denn, daß wir alle unter den Folgen des Weltkrieges leiden und nicht eher wieder aus der Winkhole, in der wir uns befinden, herauskommen, bis die Verhältnisse sich geändert haben. Das braucht Zeit! Wir haben 5 Jahre gebraucht, um in diesen Zustand hineinzugeraten, es wird mindestens ebensolange dauern, bis wir ihn überwinden.

Das letztere kann allerdings abgekürzt werden, wenn wir unsere Kräfte einsetzen, um aus dem Sumpfe sobald als möglich herauszukommen.

Kein Tag ist nun mehr geeignet als der Maifesttag, den Gedanken zu propagieren, daß die internationale Arbeiterschaft so schnell wie nur irgend möglich wieder einig werden muß. Was der Weltkrieg zerstört hat, muß nun neu aufgebaut werden. Wir wollen die bitteren Lehren der letzten 6 Jahre beherzigen und die Errungenschaften des 9. November 1918 hochhalten. Denken wir nicht geringschätzig darüber; erst die späteren Generationen werden die wahre Bedeutung der Revolution von 1918 richtig zu würdigen wissen. Der alte feudale Polizei- und Klassenstaat hat da einen Riß bekommen, der sein Fundament gesprengt hat; das läßt sich nicht mehr kitten und dichten.

An uns liegt es, daß der Geist der Solidarität, das Zusammengehörigkeitsgefühl in unseren Mitarbeitern und Mitmenschen geweckt und gepflegt wird. Am 1. Mai werbt neue Streiter, neue Mitkämpfer für unsere große Sache des Sozialismus, der Menschheitsverbrüderung.

Am 1. Mai 1920 müssen wir vor allem auch daran denken, daß in kurzer Frist die Reichstagswahlen stattfinden.

Soll der Reichstag wieder wie die Nationalversammlung ein Bild der Zerrissenheit bieten, dann könnt Ihr untätig zusehen, wie sich alles von selbst gestaltet. Wollt Ihr aber ein möglichst einiges Volksparlament in den neuen Reichstag einziehen sehen, dann ruht Euch, Kollegen und Volksgenossen, am 1. Mai. Dann werbt Mitstreiter für den Sozialismus, macht Propaganda für Euren Verband, agitiert und organisiert.

Hoch die Einigkeit! Hoch die Solidarität des Proletariats!

An die Arbeiter der Welt! Auf zur Maidemonstration!

Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 9. April d. J. beschlossen, die Arbeiter der ganzen Welt zu einer mächtigen Maidemonstration aufzurufen.

Bereits auf dem letzten Internationalen Gewerkschaftskongreß, der im Juli 1919 in Amsterdam abgehalten wurde, wurde unter großer Begeisterung beschlossen, eine Aktion zugunsten der

Sozialisierung der Produktionsmittel

einzuleiten.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen aus verschiedenen Ländern haben dort u. a. erklärt:

In Anerkennung der großen Arbeit, die durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die organisierten im besonderen geleistet wurde, erklärt der Kongreß es für notwendig, die Bestrebungen und die Aktion der Arbeiter aller Länder auf die Sozialisierung der Produktionsmittel zu richten, wobei er von der Erwägung ausgeht, daß die Gewerkschaften die Vorbedingung und Grundlage für die Verwirklichung der Sozialisierung bilden.

Die Bewegung, die sich derzeit unter den Arbeitern aller Länder zeigt, ist ein Beweis dafür, daß dieser Wunsch tief in dem Herzen der Masse lebt. Und unser Exekutivkomitee ist der Ansicht, daß diese Bewegung in der kräftigsten Weise unterstützt werden muß.

Wir rufen Euch darum auf, für diese Forderung am 1. Mai mit aller Kraft einzutreten und für diese Propaganda jene Form zu wählen, die in dem betreffenden Lande gebräuchlich ist oder von der

Landeszentrale dafür gewählt wird. In dem einen Land wird durch Versammlungen oder Aufzüge, in dem anderen Land durch Arbeitsruhe für diese Forderung demonstriert werden. Welches Mittel aber auch gewählt werden möge:

Die Sozialisierung der Produktionsmittel muß am 1. Mai als unsere vornehmste Forderung im Vordergrund stehen!

Daneben soll, einem Beschluß des Exekutivkomitees entsprechend, als nächst wichtigste Forderung für den Monat die rasche Durchführung der Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Washington aufgestellt werden.

Auf dieser Konferenz wurden eine Reihe von Beschlüssen zum Schutze des Arbeiterlebens, im Interesse der Kranken, der Arbeitslosen, der Invaliden und zugunsten der Einführung des Achtstundentages gefaßt.

Wir sind der Meinung, daß verschiedene Regierungen mit der Durchführung dieser Beschlüsse allzu lange zögern. Sollten sie gegenüber unseren berechtigten Forderungen kein Entgegenkommen zeigen, so müßten sie durch die organisierte Macht der Arbeiter dazu gezwungen werden.

Wir wollen die ganze organisierte Macht unserer 20 Millionen Arbeiter, vereinigt im Internationalen Gewerkschaftsbund, anbieten, um der Not und den Entbehrungen, unter denen das Proletariat immer noch leidet, so rasch als möglich ein Ende zu machen.

Wir werden nicht dulden, daß mit unseren Interessen ein Spiel getrieben wird!

Wir verlangen, daß unsere Forderungen schleunigst bewilligt werden!

Wir fordern Euch daher auf, nunmehr alle trennenden Gegensätze beiseite zu lassen und am 1. Mai gemeinsam den Kampf zu führen gegen alle Mächte, die die Rechte der Arbeiter antasten und die die materielle Notlage bestehen lassen wollen.

Wir rufen Euch auf zum Kampf für den Frieden, für das Recht und das Wohl der Arbeiterschaft!

Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn alle Arbeiter sich im Kampf vereinigen für diese beiden Forderungen, die die internationale Gewerkschaftsbewegung stellt:

- Sozialisierung der Produktionsmittel!
- Durchführung der Beschlüsse von Washington!
- Unsere Lösung muß sein:
- Kampf und Disziplin!
- Kampf für unsere Rechte!
- Gegen die Reaktion!
- Es lebe die Internationale der Arbeit!

- W. A. Appleton, England, Vorsitzender.
- E. Jouhaug, Frankreich, 1. Vizevorsitzender.
- C. Mertens, Belgien, 2. Vizevorsitzender.
- E. Legien, Deutschland.
- G. Dumoulin, Frankreich.
- A. Dürr, Schweiz.
- O. Rian, Norwegen.
- R. Tayerle, Tschechoslowakei.
- J. A. Williams, England.
- Ebo Jimmen, J. Dubegest, Holland, Sekretäre.

Sitzung des Tarifamtes am 8. und 9. April 1920 im kleinen Sitzungssaal der Handelskammer zu Frankfurt a. M.

Das Tarifamt tagte unter dem Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrats Schül und war besetzt von Seiten der Arbeitgeber mit Herren Richard Rahn, Paul Schumann, Eduard Eiff, von den Arbeitnehmern mit Herren Georg Elmer, Eugen Gottschalk und Carl Höf. Außerdem waren die beiderseitigen Organisationsvertreter erschienen.

Herr Amtsgerichtsrat Schül eröffnet die Verhandlungen und bringt den mit den Obmännern des Reichstarifes aufgestellten Entwurf einer Geschäftsordnung für das Tarifamt zur Verlesung. Nachdem einigen Einwendungen der Herren Dr. Roehl und Höf Rechnung getragen war, wurde die Geschäftsordnung einstimmig angenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Abänderung der tariflichen Feuerungszuschläge nach § 2 des Reichstarifvertrages bzw. Nachtrag I, liegt ein Antrag vor vom Verband der Sattler und Portefeuller, wonach folgende Erhöhungen gefordert werden: in der Sonderklasse von 85 auf 200 Proz., in der Ortsklasse I von 65 auf 185 Proz., in der Ortsklasse II von 55 auf 170 Proz., in der Ortsklasse III von 50 auf 160 Proz., in der Ortsklasse IV von 40 auf 130 Proz.

Die Forderung vertritt Herr Blum, Berlin. Er berichtet angeichts der allgemein bekannten, ver-

teuertem Lebenshaltung auf eine eingehendere Begründung und verweist darauf, daß die von den Mitgliedern der Arbeiterorganisation bei ihrer Zentrale eingereichten Forderungen durchweg höhere gewesen seien. Wenn die Zentrale es trotzdem ablehnte, höhere Forderungen an das Tarifamt zu stellen, so sei daran zu erkennen, daß man über das äußerste Notwendige nicht hinausstrebe. Darum dürften aber auch an den nun geforderten Zulagen größere Abstriche nicht mehr gemacht werden. In Berücksichtigung der heutigen Geldentwertung halte sich die Forderung durchaus in den früheren Grenzen, auch seien Löhne in der geforderten Höhe in anderen Verufen bereits festgelegt. Besonders berücksichtigt müßten die Arbeiterinnen werden, deren Löhne durch die prozentuale Staffelung in ein Mißverhältnis zu den Männerlöhnen geraten seien und dringend des Ausgleiches bedürftig.

Von den Herren E. Gunzenhäuser, Offenbach a. M., M. Stein, Berlin, W. Brody, Offenbach a. M., Gabler, Frankfurt a. M., M. Rahn, München, Gentschel, Dresden, wird hierauf in eingehenden Ausführungen die derzeitige Lage der deutschen Lederwarenindustrie geschildert und auf den in den letzten Wochen in überraschend trasser Weise eingetretenen Konjunkturrückgang hingewiesen, der zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gebe und zu Arbeiterentlassungen in größerem Umfang führen müsse, wenn nicht in aller nächster Zeit eine Besserung eintrete. Nachdem nach dem Zeitungsberichten die Lebensmittelpreise durch die Besserung der Valuta im Großhandel um 1/2 gefallen wären, denke man im Inland allgemein an einen Abbau.

In der Diskussion, an welcher sich die Herren Dr. Cray, Dr. Roehl, Mädlar, David, Schumann, Büchsenjuch, Schneider, Höf, Gottschalk, Elmer, Feidler und Remmel beteiligten, und die sich bis abends 7 1/2 Uhr ausdehnt, war es nicht möglich, ein endgültiges Ergebnis zu erzielen, jedoch hatten sich die Parteien soweit genähert, daß die Arbeitgeber eine Erhöhung der Feuerungszuschläge zugeben wollten, und zwar je nach den 5 Klassen auf 60 bis 120 Proz. im ganzen.

Die Arbeitnehmer hatten ihre Forderungen durch die 5 Klassen auf 100 bis 160 Proz. ermäßigt.

Der nach getrennter Beratung des Tarifamtes von dem Vorsitzenden, Herrn Amtsgerichtsrat Schül, unterbreitete Vermittlungsvorschlag auf 140 Proz. für die Sonderklasse, 125 Proz. für die Ortsklasse I, 110 Proz. für die Ortsklasse II, 95 Proz. für die Ortsklasse III und 80 Proz. für die Ortsklasse IV fand nicht die uneingeschränkte Zustimmung der Parteien. Es wurden die Verhandlungen abgebrochen, um am nächsten Morgen 9 Uhr fortgesetzt zu werden.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung am 9. April wurden von den Arbeitnehmern wieder Abänderungsvorschläge gemacht, die von den Arbeitgebern mit dem Hinweis bekämpft wurden, daß sie nicht imstande seien, einen derartig hohen Zuschlag in einer Zeit zu bezahlen, wo sie keine Aufträge haben und die Betriebskapitalien mangeln.

Nachdem auch eine nochmalige getrennte Beratung des Tarifamtes zu keiner Einigung der Parteien führte, wurde durch den Spruch des Vorsitzenden dahin entschieden, daß die Feuerungszuschläge des § 2 des Reichstarifvertrages wie folgt erhöht werden: in der Sonderklasse von 85 auf 145 Prozent, in der Ortsklasse I von 65 auf 130 Proz., in der Ortsklasse II von 55 auf 115 Proz., in der Ortsklasse III von 50 auf 100 Proz., in der Ortsklasse IV von 40 auf 80 Proz. Diese Sätze gelten auf die Dauer von sechs Wochen, d. h. vom 1. April bis 15. Mai 1920, und sind nicht als generelle Zuschläge auf den seitherigen Lohn aller Arbeiter zu betrachten.

Bezüglich der Lehrlinge, für welche ein Antrag auf Erhöhung ihrer Vergütungen nicht speziell eingereicht wurde, kommen die Vertreter der beiderseitigen Organisationen darin überein, daß den Lehrlingen ohne eine Anwendung des § 2 in Verbindung mit § 8 des Reichstarifvertrages im Wege freiwilliger Vereinbarung dieselben Zuschläge zu den tariflichen Sätzen gewährt werden sollen, wie den übrigen Arbeitern.

Eine ziemlich erregte Aussprache zwischen den Parteien über die Wirkung der Erhöhung der Mindeststundenlöhne auf die Affordlöhne führt schließlich dahin, daß die Revision der Affordlöhne auf Grund der neuen Mindeststundenlöhne, wie im Reichstarifvertrag vorgesehen, den einzelnen Betrieben überlassen bleiben muß. In Fällen, wo eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterausschuß nicht erzielt wird, ist die Angelegenheit von den örtlichen Tarifinstanzen zu entscheiden.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung liegt ein Antrag von Arbeitgeberseite vor, Willroße von der III. in die IV. Ortsklasse zu versetzen. Die Entscheidung des Tarifamtes geht dahin, daß Willroße in der III. Ortsklasse verbleibt. Dahingegen wird

Bocholt von der IV. in die III. Ortsklasse versetzt. Die beantragte Versetzung von Gera-Gottha wird abgelehnt und verbleibt dieser Ort in Klasse IV.

Neu eingestellt wurden auf Antrag des Verbandes der Sattler und Portefeuller die Orte: Wittgensdorf b. Chemnitz in Klasse III, Lauterbach, Erzgeb., in Klasse IV, Waizschen, Sachsen, in Klasse IV, Dürren, Pflzd., in Klasse II.

Vom Herrn Blum weitergestellten Antrag, Köln a. Rh. in die Sonderklasse zu versetzen, wird nicht stattgegeben, sondern dem Antrag des Herrn Büchsenjuch entsprechend an die Arbeitsgemeinschaft bzw. Bezirksarbitragekommission in Düsseldorf verwiesen, desgleichen auch der Antrag bezüglich der Einteilung von Roth an die Arbeitsgemeinschaft in Nürnberg.

Ohne eine Änderung des Reichstarifvertrages herbeizuführen wird das Tarifamt in Zukunft folgendem Antrag des Verbandes der Sattler und Portefeuller Beachtung schenken: Die Einteilung der in Betracht kommenden Orte ist erstmalig Sache der vertragschließenden Parteien und bleibt nach Errichtung des in § 10 vorgesehenen Tarifamtes ausschließlich dem Tarifamt vorbehalten. Eine Änderung der einmal festgelegten Ortsklasse findet grundsätzlich während der Dauer des Vertrages nicht statt. In Ausnahmefällen kann das Tarifamt, wenn eine Übereinstimmung der Vertragsparteien vorliegt, eine neue Entscheidung herbeiführen.

Zu dem zu Punkt 5 der Tagesordnung eingereichten Antrag auf Verlängerung der Lehrzeit in besonders gelagerten Betrieben nimmt das Tarifamt nach kurzer Diskussion in der Weise Stellung, daß keine Veranlassung vorliegt, bezüglich der Lehrzeit von den Bestimmungen des Reichstarifes abzuweichen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung weist Herr Mädlar auf die Schwierigkeiten in den sogenannten gemischten Betrieben in bezug auf die Entlohnung der Arbeiterschaft hin und bezeichnet es als sehr wünschenswert, wenn hier eine Lösung gefunden werden könnte, die beiden Teilen Rechnung trägt. Man kommt zu dem Ergebnis, daß das Tarifamt solche Anträge grundsätzlich ablehnen und die Regelung örtlichen Vereinbarungen zwischen den in Betracht kommenden Organisationen bzw. der Entscheidung der örtlichen gesetzlichen Schlichtungsausschüsse überlassen muß, weil es kein Recht hat, in die Institutionen anderer Branchen bzw. Organisationen einzugreifen.

Herr Dr. Roehl berichtet hierzu über eine Entscheidung des Berliner Gewerbegerichts in bezug auf die in Lederwarenfabriken beschäftigten Buchbinder und teilt mit, daß sie in Berlin einen ähnlichen Antrag für die Kofferbranche eingereicht hätten. Er empfiehlt, auch an anderen Plätzen den Antrag beim gesetzlichen Schlichtungsausschuß zu stellen, daß der Reichstarif für die Lederwarenindustrie in Betrieben, wo er überwiegende Bedeutung hat, auf die gesamte Arbeiterschaft ausgedehnt wird und im Falle einer Entscheidung in diesem Sinne, dieselbe bei einer Abänderung bzw. einem Neuabschluß des Reichstarifvertrages zu berücksichtigen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung bringt der Vorsitzende den von der Firma Fr. Mint, Kuppenheim, auf die letzte Entscheidung des Tarifamtes bezüglich Bezahlung der Feiertage und Gewährung von Urlaub eingereichten Protest zur Verlesung. Nach kurzer Diskussion weist das Tarifamt den Protest der Firma Fr. Mint, Kuppenheim, zurück und befähigt seine Entscheidung in dieser Angelegenheit in der Sitzung vom 21. bis 22. Januar 1920.

Zu Punkt Sonstiges verliest der Vorsitzende den Protest der Stuttgarter Arbeiterschaft gegen die Einteilung der Orte Stuttgart und Waiblingen. Herr Rosovski berichtet eingehend über die dauernde Erbitterung seiner Stuttgarter Kollegen wegen Ablehnung des Antrages auf Versetzung von Stuttgart in die I. und Waiblingen in die II. Ortsklasse und verweist auf die seinerzeitigen Abmachungen in der Stuttgarter Arbeitsgemeinschaft, die in bezug auf die Einteilung der genannten beiden Orte in der Arbeiterschaft nicht eingehalten worden wären. Nach längerer Diskussion über diese Angelegenheit entscheidet das Tarifamt schließlich dahin, daß Stuttgart in der Ortsklasse II verbleibt, während aber Waiblingen von Klasse III ebenfalls in Klasse II versetzt wird.

Herr M. Rahn, München, stellt im Auftrage des Süddeutschen Verbandes der Lederwarenfabrikanten für Südbayern folgende Anträge an das Tarifamt:

- I. Die Arbeitnehmer sollen im Hinblick auf die in Süddeutschland vorhandenen größeren handwerksmäßigen Betriebe verpflichtet werden, auch bei Handwerkern nur zu den Sätzen des Tarifs zu arbeiten.
- II. Die unter dem Druck der Räterepublik von der Arbeiterschaft erzwungene 44stündige Arbeitszeit soll für die Unternehmer nicht mehr bindend sein, sondern es muß jedem Betriebe, der entsprechendes Material besitzt, gestattet sein, bis zu 48 Stunden in der Woche zu den tarif-

fischen Lohnsätzen zu arbeiten, ohne daß den Arbeitnehmern innerhalb dieser Arbeitszeit Leberstunden bezahlt werden müssen.

III. Die Feiertage für München und Südbayern namentlich wie folgt zu benennen: 1. Neujahr, 2. St. Drei Könige, 3. Ostermontag, 4. Christi Himmelfahrt, 5. Pfingstmontag, 6. Frohnleichnam, 7. 1. Mai oder 9. November, 8. Aller-Heiligen, 9. Weihnachten, 10. Maria Himmelfahrt.

Herr Blum erwidert hierauf, daß Antrag I des Herrn M. Kahn heute nicht verabschiedet werden kann, da inzwischen auch ein Reichstarif für Innungsbetriebe geschaffen worden sei. In demselben wäre festgelegt, daß unter ihm nur solche Betriebe fallen, die nur für Kundenschaft und nicht fabrikmäßig Waren herstellen. Er bittet, zunächst die Drucklegung dieses Reichstarifes für Innungsbetriebe abzuwarten.

Nach einer weiteren Debatte zwischen den Herren Blum, Dr. Craß, Dr. Roehl, Schumann, Höf, Gottschalk und Kasper zieht Herr M. Kahn seinen Antrag II zurück. Er wird demselben zunächst in der örtlichen Tarifinstanz in München zur Erörterung bringen und evtl. einen formellen Antrag für die nächste Tarifamtsitzung einreichen. Der Antrag III war schon durch die Entscheidung der vorletzten Tarifamtsitzung erledigt.

Auf Antrag des Herrn Schneider, Barmen, beschließt das Tarifamt, daß Münster i. W. und Viefefeld zur Bezirksaufsichtungscommission in Düsseldorf zu zählen sind.

Die Herren Dr. Craß und Höf als Obleute des Reichstarifes erklärten hierzu, daß die veröffentlichte Einteilung der Auskunftsstelle nur Vorschläge waren und die Inanspruchnahme einer anderen Schlichtungscommission ohne weiteres zulässig ist, wenn sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einig sind.

Hierauf kommt Herr Blum auf die Solinger Vorgänge zu sprechen. Er gibt eine eingehende Schilderung derselben und berichtet über die Stellungnahme der Reichsarbeitsgemeinschaft. Die Arbeitnehmer hätten sich auf das jetzige gemeinsam mit Herrn Dr. Craß von Berlin abgehandelte Telegramm bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen, aber die Unternehmer hätten dies unter Hinweis auf die Beschlüsse des Solinger Arbeitgeberverbandes abgelehnt und fortgesetzt Tarifbruch begangen. Sein Verband wäre willens, die Unternehmer für die ihm dadurch entstandenen Kosten in Höhe von mindestens 25 000 bis 30 000 M. haftbar zu machen, weil die Ursache des langen Streiks auf Seiten der Unternehmer lag.

Herr Wüchenschild wundert sich, daß trotz seiner gestrigen Aussprache mit Herrn Schneider die Angelegenheit hier vorgebracht wird, obgleich sich die Schlichtungscommission noch nicht damit beschäftigt hat. Herr Blum erwidert er, daß seine Vermutung, die Unternehmer hätten die Sitzung der Schlichtungscommission böswillig verzögert bzw. die Aufnahme von Verhandlungen abgelehnt, nicht zutrefte. Es wären im Gegenteil bereits zwei- oder dreimal Termine vereinbart gewesen, doch hätten die Verhandlungen infolge der Verhältnisse in Rheinland und Westfalen nicht stattfinden können. Solange sich aber die Schlichtungscommission mit der Sache nicht beschäftigt habe, könne er sich mit einer Verhandlung in dem heutigen Kreise nicht einverstanden erklären.

Herr Stein beantragt Zurückstellung der Angelegenheit für die nächste Sitzung, da dieselbe noch nicht den tariflichen Instanzenweg gegangen ist. Es wird diesem Antrag gemäß beschloffen.

Herr Dr. Roehl spricht hierauf die Bitte aus, die nächste Tarifamtsitzung, wenn möglich an einem anderen Orte als in Frankfurt a. M. abzuhalten. Diesem Wunsche, gegen welchen irgendwelche Einwendungen nicht erhoben werden, wird auch seitens des Vorsitzenden entsprochen und vereinbart, daß die nächste Sitzung des Tarifamtes in Eisenach abgehalten wird.

Die wichtigsten Beschlüsse des Tarifamtes erscheinen als Nachtrag II zum Reichstarif.

Reichstarif für die Lederwaren-, Reise- und Sportartikel-Industrie Deutschlands.

Nachtrag II.

Durch Spruch des Tarifamtes erfahren die seitherigen Feuerungszuschläge des § 2 des Reichstarifvertrages folgende Erhöhung:

Table with 2 columns: Sonderklasse, Ortssklasse I-IV. Values range from 85 to 145 Proz.

Diese Sätze gelten auf die Dauer von 6 Wochen, d. h. vom 1. April bis 15. Mai 1920 und sind nicht als generelle Zuschläge auf den seitherigen Lohn aller Arbeiter zu betrachten.

Die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen kommen darin überein, daß ohne eine Aenderung des § 2 in Verbindung mit § 8 des Reichstarifvertrages den Lehrlingen im Wege freiwilliger Vereinbarung dieselben Zuschläge zu den tariflichen Sätzen gewährt werden sollen, wie den übrigen Arbeitern.

Neu eingeteilt wurden die Orte:

Table with 2 columns: Ort, Ortssklasse. Includes Duren, Lauterbach, Ruzsichen, Nordhausen, Wittgenstorf.

Verzest mit Wirkung ab 1. April 1920: Wobolt von Ortssklasse IV in Ortssklasse III. Müllroie (Brandenburg) von Ortssklasse IV in Ortssklasse III. Waiblingen von Ortssklasse III in Ortssklasse II. Offenbach a. M., den 9. April 1920.

Das Tarifamt:

Der Vorsitzende: Schulz Amtsgerichtsrat.

Gleichzeit Eine Demoklasse findet g. Vertrages nicht. Tarifamt, weitragspartei: beiführen.

Nach den obigen Beschlüssen des Tarifamtes gestalten sich die Mindestlöhne ab 1. April in den einzelnen Klassen für die verschiedenen Arbeiterkategorien wie folgt:

Table with 5 columns: Art der Arbeiter, Sonderklasse, I. Ortsklasse, II. Ortsklasse, III. Ortsklasse, IV. Ortsklasse. Rows include A. Arbeiter, B. Hilfsarbeiter, C. Arbeiterinnen.

In Berlin kommen noch Prämienszuschläge für einzelne Berufsarten hinzu und gestalten sich die Löhne wie folgt: 1) 3,50 M., 2) 4,45 M., 3) 2,98 M., 4) 3,64 M., 5) 4,13 M., 6) 4,57 M.

Wirtschaftspreise und -Löhne.

Das „Hamburger Echo“ entrüstet sich über den Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, der jüngst einen Artikel über „Kommunistische Wirtschaftsprobleme“ veröffentlicht hat und darin die russischen Zustände geißelt. Schmidt sei nicht berufen, über russische Wirtschaft den Stab zu brechen, denn in Deutschland nähern wir uns mehr und mehr russischen Preisen. In Hamburg sei man jetzt bereits soweit, daß pro Kopf und Woche 1 Pfund Kartoffeln und 40 Gramm Fleisch verteilt würden. Der Reichsminister habe keine Ahnung, welche Korruption in den seiner Aufsicht unterstellten Aemtern eingegriffen sei. Die Einfuhr von Futtermitteln und dadurch die Viehzucht werde unterbunden, nur damit gewisse deutsche Firmen ihr Kriegsmonopol noch länger ausnützen können. Auslandsmargarine dürfe nicht eingeführt werden, damit die deutschen Fabrikanten für ihre aufgespeicherten Waren die Preise hochhalten können.

Das sind sehr scharfe Anschuldigungen gegen den Reichswirtschaftsminister. Wir glauben indes nicht, daß sie berechtigt sind. Unter den heutigen Verhältnissen kann man leicht kritisieren. Es muß berücksichtigt werden, mit welchen Mitteln die Rappengenoßen die Landwirte überleben und zur Sabotage der Lebensmittelbelieferung der großen Städte zwingen.

So wurde erst kürzlich berichtet, daß in den Straßburger Speichern alle Räume mit Süßensrüchten vollgestopft sind und weitere Lieferungen nicht mehr angenommen werden können. Die Händler und Kaufleute verlangen Wiedereinführung der freien Wirtschaft. Zeitweise hat die Regierung dem schon stattgegeben. Aber was haben wir erlebt. Zunächst eine ganz unverschämte Preistreibererei im Leder-, Leder-, und Gerband. Erst in letzter Zeit ist in diesen Waren ein Preissturz zu verzeichnen. Wir wollen hoffen, daß er anhält, denn noch immer sind die Preise schwindelhaft hoch.

Unsere Valuta war vor dem Kopp-Rutsch ganz nett im Steigen, dann kam der Sturz und langsam bessert sie sich jetzt wieder. Der Zustand des Fallens und Steigens der Valuta wird wohl noch nicht so bald überwunden werden. Für den Spekulant bringt das Steigen und Fallen der Valuta je nachdem Gewinn und Verlust. Wer zu hohen Preisen eingekauft hat und zu niedrigeren verkaufen muß, ist freilich übel daran. Kein Wunder, wenn gewisse Leute jede Besserung unserer Valuta mit Schreden aufnehmen. In der kapitalistisch betriebenen Wirtschaftsform ist Gewinn und Verlust eben abhängig von der Konjunktur, von Angebot und Nachfrage. Wenn wir die Wirtschaft nicht auf eine gemeinwirtschaftliche Grundlage stellen, wird das auch nicht anders werden.

Die Valutabesserung und der Preissturz wurden von den Unternehmern natürlich sofort ausgenützt, um die Lohnforderungen der Arbeiter abzuweichen bzw. herabzudrücken. Das hat sich bereits in unserem Berufe gezeigt und nunmehr auch bei den Holzarbeitern. Am 15. und 16. April fanden zentrale Verhandlungen statt, die Holzarbeiter forderten 50 Proz. Lohnzulage, die Unternehmer boten 20 Proz. für Fach- und 15 Proz. für Hilfsarbeiter. Das lehnten die Arbeitervertreter ab. Die Verhandlungen waren damit beendet. Es wird nun versucht werden, an den einzelnen Orten zu Vereinbarungen zu kommen. In verschiedenen Orten wird dieser Umstand auf verschiedene Tapeziererwerkstätten nicht ohne Einwirkung sein.

Im allgemeinen ist es nicht zu verstehen, daß die Unternehmer auf Grund der geschilberten Umstände sich für berechtigt halten, die Löhne schon abzubauen, denn auf das läuft ihr Verhasen hinaus. Wir alle wissen, daß die Löhne kaum um das 4fache, höchstens in Einzelfällen um das 6- und mehrfache gestiegen sind im Vergleich zu den Preisen vor dem Kriege, daß aber die Waren- und Lebensmittelpreise um das 10-, 20-, 30- und mehrfache zum Friedenspreise gestiegen sind. Verdiensthöhe und Kaufkraft der Löhne stehen im ärgsten Mißverhältnis. Dabei weiß jedermann, daß die Löhne immer erst viel später steigen, wenn Waren- und Lebensmittel längst voraus sind.

Trotzdem sind die Unternehmer nur sehr schwer zu Lohnzulagen bereit, und es bedarf immer erst aller Energie der Vertreter der Arbeiter, um Zugeständnisse zu erreichen. Wir sehen nun, wie rasch sie dabei sind, die Löhne abzubauen. Daß an eine baldige Herabsetzung der Preise nicht zu denken ist, dürfte jedem klar sein, der unsere Verhältnisse kennt. Geschäftsleute, Gemeinden usw. haben sich große Mengen von Lebensmitteln eingelagert, um vorzusorgen für Zeiten der Knappheit; natürlich zu hohen Preisen. Es kann nicht verlangt werden, daß sie nun diese Ware unter dem Einkaufspreis abgeben. An einem Abbau der Löhne ist noch lange nicht zu denken.

Zur Frage der Akkordarbeit.

Kollege Ernst Kreplin, zurzeit im Krankenhause, sendet hierzu längere Ausführungen ein, denen wir folgende sachliche Gründe entnehmen:

Die beiden Artikel des Kollegen F. L. und des Kollegen Jaslaund stimmen darin überein. Keine Dummelei, sondern nur emsige Arbeit ist notwendig.

Allerdings gegen eine verrückte Schuferei im Betriebe und einem lothrigen Herumtollern ist ein Unterschied zu machen; hier muß eine richtige Mitte gefunden werden. Um die Arbeitslust anzugrornen, hält F. L. den Egoismus für das geeignete Mittel. Jaslaund wendet sich an die Einsicht und den Stolz der Arbeiter, die ihnen sagen müßten, daß man für den Lohn auch etwas leisten müsse. Beide Argumente haben gewisse Berechtigung, doch scheint mir das Jaslaunds das bessere zu sein, weil der nackte Egoismus bekanntlich die Hauptschuld daran hat, daß die Akkordarbeit zur Mordarbeit ausartet, zur Schuferei, was doch F. L. auch verhindern will. Denn, wer will es denn dem flinken flotten Arbeiter ver-

wehren, wenn er sich, gestützt auf den „gesunden Egoismus“, ordentlich ins Zeug legt und soviel wie irgendmöglich zusammenbaut?

Dadurch kann er doch dann Löhne erzielen, die sich sehen lassen können. Es sind ja auch nicht gerade immer unehrlichere Motive, die solche rücksichtslose Schusterei zeitigen. Ein Familienvater z. B., der viele hungarische Wäuler zu stopfen hat, kann aus den besten Motiven handeln; ein anderer wieder, der nur noble Passionen oder sonstige Extravaaganzen bezwingen will, aus den bewerklichsten. Man kann dies nicht alles über einen Leisten schlagen, die sozialen Verhältnisse sind oft die Ursachen solcher Auswüchse.

Natürlich gibt es auch Kollegen, die trotz aller Anstrengung nicht flott arbeiten können; es geht ihnen eben nicht von der Hand, weil sie nicht so geschickt veranlagt sind wie andere. Wer aber gut veranlagt ist, soll der seine Fähigkeit nicht nützen? Wo ist der Weg, der die Akkordschusterei einschränkt? Trotz Mitbestimmungsrecht, trotz der schönsten moralischen Ermahnungen besteht die Gefahr, daß die Schusterei doch weiterbestehen bleibt, wenn die Arbeiter es nicht lernen, Selbsttäuschung zu überwinden, mit Ruhe und Besonnenheit die Frage der Arbeitsleistung zu bewerten. Die Folgen der Akkordschusterei sind bekanntlich: Herabdrückung der Akkordlöhne und damit zugleich allerdings auch der Preise der Waren bei freier Konkurrenz. Das kann volkswirtschaftlich und sozial manchmal nützlich sein. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus muß aber die Wirkung sehr sachkundig beurteilt werden, wenn sie nützlich für alle Beteiligten ausfallen soll.

Nach dem Kollegen Faslaud bedarf es einer anderen Triebfeder, um den Menschen anzuspornen: die Reellität. In vielen Fällen drückt sich der Lohnarbeiter, wo er kann, von der Arbeit. Deshalb stellt der Unternehmer Aufseher an, die ständig auf die Finger zu sehen haben. Der reelle Arbeiter arbeitet, auch wenn er nicht ständig unter Aufsicht steht; er will sein Geld ehrlich verdienen und nichts gekentet haben. Das ist die Grundlage, auf der die Forderungen verwirklicht werden können, die Faslaud aufstellt: Eine Durchschnittsarbeitsleistung, die jeder schaffen kann, ohne zu schuften und Raubbau an seinem Körper zu treiben, mit seiner Gesundheit zu wüsten.

Dadurch wird auch die andere Forderung zu erfüllen möglich: Sparsames Umgehen mit dem Rohmaterial und Werkzeug, dazu Herstellung einer guten Qualitätsware. Das letztere ist eine Lebensbedingung für die Wiedergesundung unserer Wirtschaft. Lederwaren, Porteuilles, Portemonnaies, Damentaschen usw. müssen nicht nur schmund aussehen, sondern sich auch durch Haltbarkeit auszeichnen. Nur dann wird sich unsere Industrie den Markt erobern, wenn wir gute Arbeit liefern. Es gibt gewiß noch viele Streber und Wähler, die das Schuften nicht so leicht lassen wollen; sie müssen erpogen werden. Gewerkschaftliche Solidarität muß das schwere Werk vollbringen. Für mich gibt es nur eine Antwort: Fort mit der Akkordarbeit!

Ernst Krepkin.

Ein Mustertarif.

Einen Tarifvertrag von vorbildlicher Fassung haben am 22. März 1920 unsere Düsseldorf'scher Tapezierer mit den Arbeitgebervertretern abgeschlossen.

Die wesentlichsten Neuerungen sollen hier kurz angeführt werden: In Abzug 4 Betriebsrat - Betriebsobmann heißt es: daß die Wahlen nach den gesetzlichen Vorschriften getätigt werden. In kleineren Betrieben werden die Aufgaben des Betriebsrats durch den Betriebsobmann resp. seinen Stellvertreter erledigt. Die Wahl derselben erfolgt in allen Betrieben mit 2 oder mehr beschäftigten Wahlberechtigten. Betriebsräte-Obmänner sind vom Arbeitgeber anerkanntes Organ der vertraglich gebundenen Arbeitnehmerorganisation und haben das Recht, in allen Vertriebsangelegenheiten gehört zu werden, an denen die Arbeiterchaft beteiligt ist oder ein berechtigtes Interesse hat. Die Mitwirkung geschieht bei Einstellung oder Entlassung im Sinne des Abs. 3 dieses Vertrages; Mitwirkung bei Vereinbarung von Überarbeit von längerer Dauer, Regelung des Ferienantritts, Freizehung von Akkord und Teilarfordern, Schlichtung von Differenzen und Streitigkeiten im Betriebe, Anregung und Beratung des Arbeitgebers betreffs Verbesserung der Betriebsanrichtung, Einführung von Erfindungen verbesserter Arbeitsmethoden, Aufnahme neuer Produktionsartikel, Durchführung tariflicher Bestimmungen, Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahr im Betrieb. Eine Benachteiligung als Betriebsrat oder Obmann in seiner Beschäftigung und Entlohnung gilt als vertragswidrig. Der Samstag-Nachmittag bleibt frei. Mustergültig ist auch die Lohnabelle. Die Grundlöhne für Gehilfen betragen:

Bis 19 Jahre Stunde 3 Mk., 19-21 3,50 Mk., 21-25 4,25 Mk., über 25 Jahre 5 Mk.; für befähigte selbständige Arbeiter 5,50 Mk., Spezialarbeiter (Möbelmöbel) 6,50 Mk., Näherinnen im ersten Jahr 2 Mk., nach dem ersten Jahr 2,50 Mk., selbständige Arbeiterinnen 3,25 Mk.

Kolsterinnen, die im Lohn arbeiten, werden bei gleichwertiger Leistung die Grundlöhne der männlichen Kollegen gezahlt; abgetuht nach Leistung muß der Lohn für Kolsterinnen aber mindestens 1/2 der männlichen Grundlöhne betragen.

Für männliche Hilfskräfte: 16-18 Jahre Grundlohn 2 Mk., bis 20 Jahre 2,50 Mk., über 20 Jahre 3 Mk.; weibliche Hilfskräfte 16-18 Jahre 1,50 Mk., bis 20 Jahre 2 Mk., über 20 Jahre 2,25 Mark die Stunde.

Wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern, so ist von 4 zu 4 Wochen eine Erhöhung dieser Lohnsätze durch Zuschläge oder eine Verminderung unter den Parteien zu vereinbaren.

Akkordarbeit ist mit Zustimmung des Betriebsrats zulässig, die Preise müssen dann aber so sein, daß bei Durchschnittsleistung in normaler Arbeitszeit 125 Proz. des in Frage kommenden Stundenlohnes verdient werden.

Ferienanspruch wird erlangt nach ununterbrochener Tätigkeit im Betrieb von 1/2 Jahr 3 Tage, von 1 Jahr 5 Arbeitstage steigend jedes Jahr um einen Tag mehr bis zu 12 Arbeitstagen.

Der Gedanke.

Gedanke heißt der heilige, der held, Der im Kampf erhebt das weiße Feld; Er hat geäußert die Sterne in sein Licht, Sein ist die ganze Welt und ihr Gericht.

Ihn wollt ihr hemmen, wenn er sichtbar werden In menschlicher Gestaltung will auf Erden?

Haft alle grünen Sprossen ab zur Stunde, Reißt alle Wurzeln aus dem Muttergrunde, Ihr könnt den Draug nicht hemmen und nicht stiften, Den unauffallkam starken Frühlingwillen.

O glaubet, Fürßen, minder noch zu zwingen Ist der Gedanke je mit euren Waffen, Wenn er der Menschheit will die Freiheit schaffen.

Lenau.

Im Lehrlingswesen sind unbeschadet anderweitiger zwingender gesetzlicher Bestimmungen folgende Richtlinien vereinbart:

Beide Vertragsparteien verpflichten sich für Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses zu wirken. Die Arbeitnehmer ernennen eine Lehrlingskommission, welche die Lehrlingsausbildung überwacht und mit den von Arbeitgeberseite gewählten Zustanzen zusammenwirkt.

Den Lehrlingen steht das Recht zu, sich ihrer Berufsorganisation in der Lehrlingsabteilung anzuschließen und zu betätigen.

Die Lehrzeit beträgt höchstens 3 1/2 Jahre. Auf je 3 Gehilfen darf nur 1 Lehrling bis zur Höchstzahl von 10 Lehrlingen gehalten werden. Der Lohn der Lehrlinge beträgt: im ersten Jahr 35 Pf., im zweiten Jahr 50 Pf., im dritten Jahr 1 Mk. und im vierten Jahr nach Vereinbarung, aber mindestens 1,50 Mk. die Stunde.

Unterzeichnet und anerkannt ist der Vertrag für die Arbeitgeberkommission: A. Bender, Rechtsanwalt, Geschäftsführer des Innungsausschusses zu Düsseldorf, W. Kürten, Obermeister der Zwangsinnung der Tapezierer, Dekorateur, Polsterer zu Düsseldorf für den Deutschen Tapezierer-Verband G. Reintgen, hrisplicher Holzarbeiter-Verband (Tapezierer) G. Meier.

Ein rabiater Herr.

An manchem Menschen gehen alle Zeiterlebnisse spurlos vorüber; sie können und wollen nicht begreifen, daß die Vertreter der Arbeiter sozusagen auch Menschen sind und einen Anspruch auf anständige Behandlung seitens der Unternehmer erheben dürfen, wenn sie die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen haben. Das ist mitunter recht gefährlich, wie folgender Vorgang beweist. Als unser Gauleiter Busch am 16. April bei dem Kofferfabrikanten Robert Hopp in Blau vorstellig wurde, um wegen der Wahrung eines Kofferarbeiters und der Anerkennung des Reichtarifs zu verhandeln, ging Herr Robert Hopp zu häßlichem Angriff auf Gauleiter Busch über. Busch schildert den Vorgang mörtlich wie folgt: Ich ersuchte den Unternehmer, einen Gehilfen zu der

Unterredung hinzuzuziehen. Es wurde Kiefling gerufen. Hopp fragte Kiefling: „Haben Sie nicht gelacht, daß Sie mit dem Lohn zurieden sind?“ K. antwortete: „Ja, das habe ich gesagt, aber —“ Hopp schrie ihn darauf an: „Geben Sie hinaus!“ Machte die Tür auf und schob Kiefling mit Gewalt hinaus, drückte dann sofort die Tür zu und schlug blindlings auf mich los. Die Frau war auf dem Vorfuß und schloß die Dür für ab. Ich schrie laut um Hilfe. Meine Brille flog weg; ich habe sie nicht wiederbekommen. Uebel zugerichtet ging ich zum Bürgermeister und dann zum Arzt, dem ich nicht antraf. Ein Heilgehilfe stellte folgendes Attest aus: Heute erkrankte Herr Heinrich Busch usw. Die rechte Gesichtshälfte war stark geschwollen, in der Gegend des rechten Unterkieferwinkels war eine 2 1/2 Zentimeter blutende Wundwunde zu bemerken. Das rechte Ohr war stark gerötet und geschwollen. pp. Busch befand sich in einer großen Erregung. Er zitterte am ganzen Körper, hatte starkes Augenlidstattern und sehr gesteigerte Reflexe usw. Ferlet, Heilgehilfe

Kollege Busch hat diesen Heberfall dem Staatsanwalt gemeldet; wir sind recht neugierig, ob derselbe Anklage erhebt oder ob Busch erst den Privatklageweg beidreiten muß, damit diesem schlafertigen Unternehmer beigebracht wird, daß wir nicht mehr im Mittelalter leben. Wo ein Unternehmer herrscht vom Schlage des Herrn Hopp, muß es eine wahre Lust sein, Arbeiter zu spielen.

Zum Arbeitsnachweiswesen.

Zur Pflege der Organisation des Arbeitsnachweises, besonders zur Durchführung der Dezentralisation, sind die Vertreter Gewerkschaften unter Teilnahme von Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden zusammgetreten und haben in einer Ausschüßsitzung unter dem Vorsitz des Genossen Köpfen am 1. April beschlossen:

- 1. Die Rechte der Fachkuratorien bleiben unangetastet.
2. Die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise haben sich unter Anschluß an die öffentlichen Arbeitsnachweise in paritätische Arbeitsnachweise gemäß den Gewerkschaftsbeschlüssen umzuwandeln.
3. Der Metallarbeiternachweis ist in einen öffentlichen umzuwandeln.
4. Für die bestehenden Facharbeitsnachweise soll der Verzugszwang eingeführt werden.
5. Die Einrichtung von Kontrollstellen empfiehlt sich für die Durchführung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Nebenregierung der Gewerkschaften.

Die bürgerliche Presse hat sich noch nicht beruhigt. In ihrer Furcht vor dem Einfluß der Gewerkschaften auf die Regierung und die Gesetzgebung verliert sie alle Besinnung. Die Sorge um ihre Privilegien ist so stark, daß sie in den Gewerkschaften die reale Macht wittern, die ihnen recht gefährlich und unbequem werden kann. Es fehlt eben in dem breiten Schichten des Bürgertums am guten Willen, in der Deutschen Republik wirklich fortschrittliche Politik zu treiben. Es ist nur zu begrüßen, daß die Gewerkschaftsleitung endlich energische Schritte unternimmt, die vielleicht geeignet sind, das geschwundene Vertrauen der Arbeitermassen zu dem guten Willen der Regierung, zeitgemäße Reformen durchzuführen, herzustellen.

Wer die Herrschaften auch nur einigermaßen genau kennt, weiß ganz genau, daß sie im geheimen Grund ihrer Seele die Hoffnung nähren, eines schönen Tages wieder vollkommen oben auf zu kommen. Seid wachsam!

Der Tapeziererberuf in Budapest.

Nach sechsjähriger Pause erhielten wir endlich von untern Kollegen in Budapest wieder ein Lebenszeichen und auch einige Mitteilungen über die Lebensverhältnisse, wie sie dort zurzeit sind. Danach herrscht in Budapest ein Glend im Beruf, wie es noch nie da war. Nur 10 Proz. aller Tapezierer arbeiten im Beruf, alle übrigen suchen sich in anderer Weise ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Materialmangel ist groß, noch größer die Preise für dieses; nur Millionäre sind noch imstande, Tapeziererarbeit machen zu lassen. 1 Kilo Ufria kostet 40-50 Kronen, Rohhaar 100-150 Kronen, Sprungfedern 50-60 Kronen, Dress pro Meter 200-300 Kronen.

Die Arbeitskraft dagegen steht niedrig im Preise. Stundenlohn für Gehilfen 5-8 Kronen, nur einige erhalten 9-10 Kronen. Ein gewöhnliches Chaiselongue wird mit 4000 Kronen bezahlt, darauf entfällt nur ein Arbeitslohn von 100 Kronen. Und so ist es mit allem. Da kann man sich einen Begriff machen, in welcher Lage sich unsere Kollegen dort befinden.

Gegen Lehrwerkstätten.

Das Verbandsorgan des Bundes Deutscher Sattler nimmt Stellung zu den Richtlinien des Bundesvorstandes vom Deutschen Gewerkschaftsbund betreffs Neuordnung des gewerblichen Lehrlingswesens, die dieser den Gewerkebestimmern resp. amtlichen Körperchaften eingereicht hat.

Der Gewerkschaftsbund will, daß für Bewerbe, die dazu geeignet sind, Lehrwerkstätten eingerichtet werden. Im allgemeinen sollen diese im Anschluß an Betriebe eingeführt werden, da Theorie ohne Praxis nur unvollkommene Ausbildungsmöglichkeit bietet.

Das Unternehmerorgan meint, von Seiten des Handwerks liegen bereits scharfe Entgegnungen vor, da der ganze Entwurf die Ausschaltung bewährter Handwerksstätten bezweckt.

Das Gegenteil ist natürlich der Fall. Soweit das Handwerk noch imstande ist, einen tüchtigen, brauchbaren Nachwuchs heranzubilden, kann man ihm selbstredend die Lehrlingsausbildung belassen. Das will auch der Gewerkschaftsbund. Es steht aber längst fest, daß der größte Teil des heutigen Kleinrautertums Lehrlingszucht und -ausbeutung schlimmster Art treibt und gar nicht fähig und in der Lage ist, einen brauchbaren Nachwuchs für Gewerbe und Industrie heranzubilden. Unsere Volkswirtschaft braucht aber tüchtige Arbeiter in der heutigen Zeit mehr als jemals.

Es wäre ein Stück aus dem Tollhaus, wollte man länger untätig zusehen, wie das Rautertum mit unserer jungen Volkskraft wüthet und Raubbau treibt. Viele Lebensjahre gehen dem Lehrling nutzlos verloren, der solchen Ausbeutern in die Hände fällt, die nur billige Arbeits- und Laufburdenarbeit vom Lehrling erwarten, bei denen gute berufliche Ausbildung aber Nebenache ist.

Korrespondenzen.

Berlin. (21. 4.) Generalversammlung vom 15. April. Vorsitzender Gottschalk teilt mit, daß die Kollegen Anjorge und Knoblauch von den Skapellern erschossen worden sind. Die Versammlung erhebt sich zu Ehren der Ermordeten von ihren Plätzen. Kollege Blume berichtet vom Verbandstag in Halle. Am 1. Mai findet die Verschmelzung mit den Tapezierern statt. Medner erläutert das neue Statut, das auf dem Verbandstage beschlossen wurde. Daraus war zu entnehmen, daß der Opposition in keiner Weise Rechnung getragen wurde. Infolge der Zusammenziehung des Verbandstages wurden sämtliche Anträge der Opposition abgelehnt. Der Antrag, den Reichspräsidenten Ebert aus dem Verbandsausgusschließen, mußte zurückgezogen werden, ebenso der Antrag, den ehemaligen Tapezierer Wels wieder in den Verband aufzunehmen. Es wurde beschlossen, den Beitrag um 100 Proz. zu erhöhen; der Antrag der Opposition, welcher Urabstimmung verlangte, wurde abgelehnt. Die Angestellten des Tapeziererverbandes bekommen sämtlich ein Unterkommen im neuen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband. Vom Kollegen Gottschalk wurde beantragt, 25 Proz. über den Mindestlohn der Reiseartikelbranche für Gehalt auszuwerfen, aber es sollen gleitende Gehälter sein. Auch dies wurde abgelehnt, nachdem der Zentralvorstand Blum sich gegen gleitende Gehälter ausgesprochen hatte. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Ehrhardt, Gottschalk und Langner. Ehrhardt hebt hervor, daß man bei der Gehaltsfestsetzung nicht genügend berücksichtigt habe, daß die Angestellten nie mit Arbeitslosigkeit usw. zu rechnen haben. Nach seiner Ansicht ist das Gehalt zu hoch bemessen. Auch sei nicht zu verstehen, daß die beiden Vorsitzenden außerdem noch monatlich 100 Mk. bekommen. Gottschalk kam auf verschiedene Vorkommnisse auf dem Verbandstag zurück und schildert den Geist der dort geherrschend. Er habe den heutigen 2. Vorsitzenden Spliedt eingeladen, recht häufig die Berliner Versammlungen zu besuchen und hoffe sich dann gründlich mit ihm auseinanderzusetzen zu können. Gegen drei Stimmen wurde ein Antrag Hoffmann angenommen: „In Anbetracht, daß der Vorsitzende der Ortsverwaltung Berlin, Gottschalk, mindestens ebenso viel Arbeit zu leisten hat als die Zentralvorsitzenden, beschließt die Generalversammlung, dem Kollegen Gottschalk dasselbe, also das Höchstgehalt, ab 1. April 1920 zu zahlen.“ Auch wurde der Antrag des Kollegen Langner angenommen, den Hilfskräften monatlich 200 Mk. mehr zu gewähren. Der Beitrag wurde für Berlin auf 3,50 Mk. für männliche und auf 2 Mk. für weibliche Mitglieder festgesetzt. Für Jugendliche und Lehrlinge kommt die 6. Klasse in Frage. Sodann wurden die Kollegen Blume, Schütte, Ehrhardt und Koch als unbezahlte Mitglieder des Zentralvorstandes gewählt. Der Antrag der Reiseartikelbranche, den Kollegen May Schönhoff wieder in den Vorstand aufzunehmen, wurde gegen 1 Stimme angenommen. Der Antrag, das Mitglied Otto

Meinert wegen Streifbruch aus der Organisation auszuschließen, wurde angenommen.

Joseph Hoffmann.

Berlin. (26. 4.) Die Branchenversammlung der Treibriemensattler Berlins vom 13. April beschäftigte sich mit den Fragen: Was wir fordern und was uns geboten wurde. Kollege Cohn gab den Bericht von der Tarifamtsetzung. Die Forderung von 7,50 Mark gab keine Verhandlungsmöglichkeit. Die von der Kommission gestellte Forderung von 6,75 Mk. für Berlin wurde von den Fabrikanten nicht akzeptiert; deren Höchstgebot war 5 Mk. Unter diesen Umständen waren die Berliner Vertreter drauf und dran, die Verhandlung abzubrechen. Es kam schließlich ein Schiedspruch zustande, welcher einen Lohn von 5,24 Mk. festsetzt. Mit dem Vorbehalt, daß dieses Abkommen zum 1. Juni revidiert wird, fügten sich unsere Vertreter dem Schiedspruch. Es war zu erkennen, daß die Verhandlungen im Sinne eines Wobaus der Löhne geführt werden sollten. Dem als Grund wurde der große Preissturz am Ledermarkt angeführt. Bisher war ein leidliches Entgegenkommen der Fabrikanten zu konstatieren, diesmal war das Gegenteil der Fall.

In der Diskussion bekam die Kommission keine Schmeicheleien zu hören, auch wurden Stimmen laut, auf den nächsten Tarifabschluß zu verzichten, denn bei den heutigen Zeiten bringt ein Reichstarif der Großstadt nur Nachteile; die Provinz hat im Verhältnis nur Vorteile davon. Diesmal siegte noch einmal die gesunde Ansicht, doch es kann hier jetzt schon gesagt werden, daß bei späterer Nichtberücksichtigung ihrer Forderungen auch die Berliner andere Seiten aufziehen werden. Auch wurde der Wunsch laut, nicht die Gaurvorstände oder sonstige Vertreter aus dem Reich zu den Verhandlungen zu schicken, sondern nach Möglichkeit tatsächlich in der Branche arbeitende Kollegen.

M. Janad.

Bielefeld. (21. 4.) Versammlung vom 15. April. Die Versammlung ehrt das Andenken der verstorbenen Kollegen Emil Müller und Robert Bienen. Wegen der Beitragshöhe wird beschlossen, Sattler 3 Mk., Hilfsarbeiter 2,50 Mk., weibliche 1,50 Mk., Jugendliche 50 Pf. pro Woche. Die einstimmige Annahme beweist, daß unsere Mitglieder erkannt haben, daß der Verband nur durch hohe Beiträge als Kampforganisation etwas leisten kann. Der Lokalausschlag wird für männliche Mitglieder auf 50 Pf. für weibliche auf 20 Pf. festgesetzt. Als erster Vorsitzender wurde Briebs, als zweiter Ramsch, als Kassierer Grusse, Schriftführer Heintze, Beisitzer Eidermann und Loh, Revisoren Böhle und Zimmer, Agitationskommission Lübke, Zimmermann, Madhias gewählt. Am 17. April findet unser Verschmelzungsfest statt, am Himmelfahrtstag ein gemeinsamer Ausflug. Die Kollegen werden ersucht, die „Volkswacht“ zu abonnieren. Dann wird die Maifeier in Erinnerung gebracht und um zahlreiche Beteiligung ersucht. Ferner wird ersucht, die Sammellisten für die Solinger abzuliefern.

Paul Heintze.

Brandenburg. (21. 4.) In der am 14. April stattgefundenen gemeinsamen Versammlung mit den Tapezierern, die von 88 Mitgliedern besucht war, erstattete Grubbe Bericht vom Verbandstag in Halle. Er wies ganz besonders auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge hin und betonte ferner, daß wir mit unseren Beiträgen noch lange nicht an der Spitze der Gewerkschaften marschieren. Der Vorstand des nun neugeborenen Verbandes wurde aus beiden Hauptstellen paritätisch zusammengesetzt und gewählt. Bei der Festsetzung der Beiträge wurde dem Antrage des Kollegen Stiefel entsprochen und für männliche Mitglieder die 1. für weibliche Mitglieder die 4. Beitragsklasse gewählt. Hierzu wird ein Lokalausschlag von 30 Pf. erhoben. Ein Antrag des Kollegen Stahlberg gelangt zur Annahme, den bestehenden Ortstarif der Tapezierer mit der hiesigen Innung zu kündigen und eine Kommission zu wählen, welche die Revision des Vertrages vornimmt. Der neugewählte Bevollmächtigte Fönike hat um rege Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen, ohne die auch der beste Vorstand nicht in der Lage ist, alles das zu leisten, was zur Wükte und zum Gedeihen der Gewerkschaft notwendig ist.

Fönike.

Cassel. (26. 4.) Am 16. April fand die erste ordentliche gemeinsame Versammlung statt. Anwesend annähernd 70 Kollegen. Kollege Bonn referierte über die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge, denn nur so ist es möglich, den Verband leistungsfähig zu erhalten. Dieses wird von der Versammlung anerkannt. Da Cassel in der zweiten Lohnstufe steht, wird der in Vorschlag gebrachte Beitrag von 2,50 Mk. für männliche Mitglieder, 2 Mk. für weibliche mit je 50 Pf. Lokalausschlag einstimmig angenommen.* Zur Neuwahl des Vorstandes sind einige Kollegen der Ansicht, daß man das nicht so überbürden solle. Daß die alten, bewährten Kollegen

*) Ann. des Kassierers: Für Cassel kommt die erste Beitragsklasse in Betracht.

von ihrem Posten zurücktreten wollen, damit können sie sich nicht einverstanden erklären. Bonn erklärte, daß dies alles schon in einer Vorstandssitzung besprochen sei. Die in Vorschlag gebrachten Kollegen sind wohl fähig, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Es wird auch hier Einigkeit erzielt, und die in Vorschlag gebrachten Kollegen einstimmig gewählt. Der neue Vorsitzende Bohl übernimmt die Leitung der Versammlung. Den Bericht vom Kartell gibt Kollege Daum. Betreffs der Lokalfrage entschied sich die Versammlung für das Lokal, in welchem bisher die Tapezierer tagten. Es wurden Stimmen aus den Reihen der Tapezierer laut, daß der Tarif nicht mehr den heutigen Verhältnissen entspricht. Es wird einstimmig die Kündigung des Tarifs beschlossen. Gefordert wird ein Aufschlag von 50 Proz. für alle Lohnstufen, für die Bezahlung im 1. Jahr 10 Mk., im 2. Jahr 20 Mk., im 3. Jahr 30 Mk., im 4. Jahr 40 Mk., zahlbar ab 1. Mai 1920. Ein Antrag, aus dem Ueberschuss des letzten Vermögens der Sattler 50 Mk. dem Arbeiter-Samariterbund zu überweisen, wurde angenommen. Wegen die Kollegen auch ferner die Versammlungen rege besuchen und den Vorstand durch eifrige Mitarbeit unterstützen, denn nur so ist es möglich, die Interessen der Kollegen zu vertreten. Karl Wischhof.

Ebenhausen. (20. 4.) Versammlung vom 18. April. Buchmann berichtete, daß in der Möbelfabrik Chr. Niederhöfer Söhne schriftlich gekündigt wurde. Verlangt wird ein Lohnzuschlag von 1,80 Mk. pro Stunde und 6 Tage Urlaub mit voller Bezahlung. Die Forderungen wurden von den Kollegen einstimmig angenommen. Auch in Landau wurden die Löhne mit Ebenhausen gleichgestellt. Unsere Filiale zählt zurzeit 27 Mitglieder. Für die Beitragszahlung wurde die 2. Klasse gewählt. Der Beitrag für weibliche Mitglieder wurde auf 1 Mk. erhöht.

Hermann Merker.

Sagen i. W. (20. 4.) Versammlung vom 17. April. Kollege Opfermann (Tapezierer) begrüßte die Erschienenen. Vom 1. Mai ab heißt unsere zuständige Organisation: „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband“. Kollege Zerweiss (Sattler) begrüßt die Verschmelzung beider Verbände als eine erfreuliche Tatsache. Er schilderte den Wert der großen Verbände; Politik und Gewerkschaften sind eng miteinander verbunden. Für ihn sei eine politische Neutralität in der Gewerkschaft ein Unbding. Das haben besonders die letzten politischen Ereignisse gezeigt. Er richtete den Appell an die Kollegen, sich rege durch Mitarbeit in der neuen Organisation zu beteiligen. Kollege Opfermann gab das wichtigste vom Verbandstag bekannt, dann erfolgte die Vorstandswahl. Seying wird erster, Berninghaus zweiter Vorsitzender, Knuber Kassierer, Beder 1. Liebe 2. Schriftführer, Gölbner, Opfermann Beisitzer. Zur Beitragsfrage stimmte man der zweiten und vierten Beitragsklasse zu. Der Lokalausschlag beträgt 20 Pf., weibliche Mitglieder zahlen 1 Mk., ein Lokalausschlag wird von ihnen nicht erhoben. Einer Entschädigung für den Kassierer von 30 Mk., für den 1. Vorsitzenden von 10 Mk. pro Vierteljahr wird zugestimmt. Es wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Die Kollegen treffen sich vormittags 10 Uhr im Verkehrskafel „Deutscher Krug“, Körner- und Kampstr.-Ecke. Für die Hinterbliebenen der Freiheitskämpfer wurden 100 Mk. aus der Lokalkasse gestiftet. Außerdem wurde eine beträchtliche Summe für diesen Zweck auf Sammellisten in der Versammlung gezeichnet. Ed. Beder.

Heidelberg. (23. 4.) Versammlung vom 11. April. Kollege Sögnle erstattete Bericht vom Verbandstag in Halle und sprach den Wunsch aus, daß sich jetzt nach der Verschmelzung unser Verband recht gut entwickeln möge. Zur Tarifkündigung gab der Vorsitzende unsere Forderungen bekannt. Die Löhne sollen im 1. Jahr nach der Lehre 3 Mk., im 2. Jahr 3,80 Mark und im 3. Jahr 4,60 Mk. betragen. Weitere unbefristete Arbeiter 5 Mk. Diese Sätze gelten als Mindestsätze. Als Werkzeuggeld wird pro Monat 6 Mk. verlangt. Ferien im ersten Jahr 3 Tage, steigend bis 8 Tage. Es wurde beschlossen, 2,50 Mk. Beitrag und 38 Pf. Lokalausschlag zu erheben. Der Vorstand wurde wie folgt neu gewählt: 1. Vorsitzender Schneckenberger, 2. Vorsitzender Guntt, Kassierer J. Heilig, Schriftführer Ledbitter, Hoffmann und Seyfried Revisoren, Schneckenberger und Guntt Kartellbelegierte. Der Vorsitzende ermächtete zu pünktlichem Versammlungsbefuch alle 14 Tage.

M. Schneckenberger.

Jena. (21. 4.) Am 17. April tagte unsere gemeinsame Versammlung. Die Vorstandssämter wurden paritätisch besetzt. Die zweite Beitragsklasse wurde für Jena als bindend anerkannt. Dann wurde die brennende Lehrlingsfrage besprochen. Vom Zentralvorstand wird verlangt, mehr als bisher in dieser Frage zu tun, um endlich die Lehrlingsflut einzudämmen. Nur solchen Geschäften darf die Ausbildung von Lehrlingen gestattet werden, die mindestens zwei Gehilfen beschäftigen. Es kam noch ein krasser Fall von engstirnigen Kleinrauter-

allüren zur Sprache. Als Innungsvorstand hat der Herr den Ortsrat mit unterschrieben, trotzdem weigert er sich kategorisch seinen Gehülfen den Tariflohn zu zahlen. Auch hat er den Kollegen mit Kündigung gedroht, wenn er nicht auf sein gutes Recht, nem, sofort seine Pflicht, auf Bezahlung des Tariflohnes besteht. Beschlossen wurde, dem faulernen Innungsvorstandsmitglied tüchtig auf die Finger zu klopfen und gegebenenfalls mit schärfsten Mitteln vorzugehen. Wenn alle kommenden Versammlungen von demselben Geist gegenseitigen Verlebens getragen sind, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, und unser gemeinsames Ziel: „die Befreiung der Hand- und Kopfarbeiter aus den Klauen des Kapitalis“ nicht mehr allzu fern sein. **E. Hof.**

Kiel. (21. 4.) Kombinierte Versammlung vom 18. April. Es wurde ein Bureau gewählt: Lange, 1., Wiesner, 2. Vorsitzender, Reigbert, Schriftführer. Lange führte aus: Um ein gutes Zusammenarbeiten beider Verbände zu gewährleisten, muß sich der Vorstand partizipativ zusammenschließen. In der Vorstand wurden gewählt: Reimers, 1. Vorsitzender (Tapezierer), Wiese, 2. Vorsitzender (Sattler), Burdorf, Kassierer (Tapezierer), Jahnkow, 1. Schriftführer (Tapezierer), Nehan, Revisor (Sattler), Elbelop, Revisor (Tapezierer), Witthöft, Revisor (Tapezierer). Zweiter Schriftführer wurde Gößmann (Sattler). Der 1. Vorsitzende dankt im Namen des Vorstandes für das entgegengebrachte Vertrauen und verspricht, seine ganze Kraft für das Wohl des neuen Verbandes einzusetzen. Er ermahnt die Mitglieder, den Vorstand hierin tatkräftig zu unterstützen. Die Beiträge wurden für männliche auf 3,50 Mk., für weibliche Mitglieder auf 2 Mk. inkl. Lokalzuschlag in geheimer Abstimmung festgesetzt. Reimers gab den Kartellbericht. Das Kartell hat den Beitrag um 100 Proz. erhöht. Die Stelle eines Gewerkschaftssekretärs wird ausgeschrieben. Das frühere Mitglied Steinbiber erlob wegen Auszuges aus dem Verband beim Hauptvorstand Protest. Die Kollegen Kranzyl und Suhr legten den Sachverhalt nochmals dar. Dann wurde in geheimer Abstimmung der Ausschluß des Steinbiber aufrechterhalten. Die Sperre über die Werkstätte Duden, Wellingdorf, wurde aufgehoben. Der Fall betreffs Nichtauszahlung der Generallistbeiträge wurde dem Gewerbegericht überwiesen. Wiese gab den Bericht der Lohnkommission der Sattler. Gefordert wurde ein Aufschlag von 75 Proz. auf alle Lohnstufen. Von der Innung und dem Arbeitgeberverband wurden Löhne geboten, die in keinem Verhältnis zu der heutigen Lebenshaltung stehen. Vom Urlaub wollten die Herren gar nichts wissen. Bezeichnend ist, daß noch ein Sattler bei der Firma Norddorf die Stunde für 2,50 Mk. arbeitet, allerdings einer, der den Sinn der Organisation noch nicht erfasst hat. Die Sattler sind fest entschlossen, ihre gerechten Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen. Auch die Herren Sattlermeister müssen sich eines besseren belehren lassen und den Verhältnissen der neuen Zeit anpassen, andernfalls wird die Kollegenschaft geschlossen dafür sorgen, daß es geschieht. Und nun, Kollegen, mit vereinten Kräften ans Werk, zur Erlämpfung eines menschenwürdigen Daseins! Mit einem dreifachen Hoch auf den neuen Verband wurde die von 80 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

P. Jahnkow.

Magdeburg. (22. 4.) Versammlung vom 15. April. Kollege Engel vom Hauptvorstand gab den Bericht vom Verbandstag; seine Ausführungen fanden Beifall. Der Beitrag für Magdeburg wurde auf 3 Mk. festgesetzt, ein Lokalzuschlag wird für ein Vierteljahr nicht erhoben; es soll erst abgewartet werden, ob ein solcher sich notwendig macht und in welcher Höhe. Unsere Filiale zählt nach der Verschmelzung zirka 400 Mitglieder. Der Vorstand wurde partizipativ bestetzt: 1. Vorsitzender Nikolai (Sattler), 2. Vorsitzender Wölfeich (Tapezierer), 1. Kassierer Sad (Tapezierer), 2. Kassierer Nommberg (Sattler), Schriftführer Kroll und Mertens, Beisitzer Gutmann, Schmuger und Kühn. Die Wahl des Bezirksleiters wurde vertagt. Am 20. Mai findet unser Verbrüderungsfest bei Fremers statt. Zum Besuch des Museums zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde aufgefordert. Karten sind bei den Krankenkassen zu haben. Sektionsversammlungen finden alle 14 Tage, gemeinsame Versammlungen nach Bedarf eventuell alle vier Wochen statt. Mit herzlichsten Abschiedsworten an die alten Verbände und mit dem Wunsche, daß der neue Verband blühe und gedeihe, schloß Kollege Heimstedt die Versammlung. **Prokl.**

Mühlhausen i. Thür. (22. 4.) Die erste gemeinsame Versammlung mit den Tapezieren fand am 16. April statt. Feußner (Tapezierer) erläuterte die Notwendigkeit des Zusammenklusses beider Verbände und hofft, daß durch das Zusammenarbeiten recht gute Erfolge zu buchen sind. Der Vorstand setzt sich aus beiden Verbänden zusammen. Es wurde beschlossen, folgende Beiträge zu erheben: die 2. Beitragsklasse für gelernte, die 3. Klasse für ungelernete

Kollegen von 19 Jahren an, die 5. Klasse für ungelernete unter 19 Jahren und die 6. Klasse für jugendliche Arbeiter. Der Lokalzuschlag beträgt 20 Pf. pro Woche ab 1. Mai. Der am 1. April hier abgeschlossene Tarif der Tapezierer wurde beiprochen und besonders auf den Paragrafen aufmerksam gemacht, der die sogenannte „Rücharbeit“ verbietet. Danach wird derjenige, der überführt wird, solche Arbeit geleistet zu haben, mit Aussperrung von zwei Wochen oder Entlassung bestraft. Die Tapezierer haben den Wunsch, daß sie von den Sattlern in dieser Beziehung weitgehendst unterstützt werden. Mit einem dreifachen Hoch auf den neuen „Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband“ erreichte die sehr gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Würnberg. (23. 4.) Am 15. April fand im „Sächsischen Hof“ eine von fast 400 Mitgliedern besuchte gemeinsame Generalversammlung beider Fiskalen statt. Kollege Schramm erstattete den Bericht vom Verbandstag. Es wurde von einigen Kollegen bebauert, daß das Ergebnis des Verbandstages dem heutigen revolutionären Umwälzungsprozeß unseres Wirtschaftslebens in keiner Weise Rechnung trägt. Bei der Besprechung der Beitragsfrage wurde die Notwendigkeit erhöhter Beiträge allgemein anerkannt, andererseits aber eine schärfere Kampfführung des Verbandes verlangt. Ein Antrag Neubauer verlangte Aufhebung der Lokalbeiträge. Nach Ablehnung dieses Antrages wurde mit großer Mehrheit der Antrag der Verwaltung angenommen: Lokalbeitrag 1. und 2. Klasse 50 Pf., 3. Klasse 30 Pf., 5. Klasse 20 Pf. pro Woche. Als erster Vorsitzender wurde Schramm gewählt, als zweiter Kleinle, Schriftführer Lehl und Kohl, Revisoren Ehrbader, Ehardt und Ott-Jürsch. Außerdem wurde beschlossen, daß die Branchenobleute als Beisitzer der Verwaltung angehören. Als Gau-Beisitzer wurden Schaff, Neubauer und Georges gewählt. Schramm erstattete Bericht über die Tarifamtsverhandlungen der Lederwarenindustrie. Eine lebhafteste Diskussion gab Zeugnis von der Unzufriedenheit der Kollegenschaft mit deren Ergebnis. Alle strittigen Fragen sollen mit der örtlichen Tarifgemeinschaft gelöst werden. Die sehr harmlos verlaufene Versammlung berechtigt zu den besten Hoffnungen für den neuen Verband, wenn alle Kollegen ihre Schuldigkeit tun. **Job. Meyer.**

Offenbach a. M. (20. 4.) Annähernd 1000 Kollegen fanden sich am 16. April im großen Saal des Gewerkschaftshauses zusammen, um den Bericht über die Verhandlungen des Tarifamts vom 8./9. April betreffs der neuen Steuerzuschläge entgegenzunehmen. Kollege Maronig schilderte in klarer Weise den Gang der Verhandlungen, die diesmal unter wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen vor sich gingen und deshalb ein Resultat zeitigten, daß die Arbeitnehmerbeisitzer nicht befriedigend konnte. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Horn, Ambermann, Braun, Helfrich und Palm. Letzterer hatte die Auffassung, daß die Fabrikanten Morgenluft wittern, indem sie sich diesmal nur auf einen sechswoöchigen Abbruch festlegten. Betreffs der Höhe der neuen Zuschläge hinde die Organisation dem in vielen Betrieben bereits Erreichten nach, deshalb müsse auch in Zukunft alles durch die Betriebsräte geschehen. Auf die Arbeitsgemeinschaft sei kein Verlaß. Kollege Höf zeichnete in kurzen, scharfen Strichen nochmals ein Bild von den Verhandlungen und bewies, daß wir trotz der notwendigen Arbeit der Betriebsräte die Arbeitsgemeinschaft brauchen. Dem ohne diese haben wir keinen Tarif, alles würde zerfallen und einzelne Gruppen erstickten nichts. Gegen einige Stimmen wurde dann der Schiedsspruch des Tarifamts angenommen.

Hierauf gab Kollege H. Vreth den Bericht vom Verbandstag in Halle, welcher von einem kleinen Teil der Versammlung mit Interesse angehört wurde, während der größere Teil den Saal verließ. Die Anwesenden hatten gegen die Beschlüsse des Verbandstages nichts einzuwenden und wurde der Antrag der Ortsverwaltung, Festsetzung der Beiträge wie folgt angenommen: Für männliche Mitglieder 3 Mk. Verbands- und 50 Pf. Lokalbeitrag, für weibliche Mitglieder über 18 Jahre 1,50 Mk. Verbands- und 30 Pf. Lokalbeitrag, für weibliche Mitglieder von 16-18 Jahren 1 Mk. Verbands- und 30 Pf. Lokalbeitrag, für jugendliche 50 Pf. Verbands- und 10 Pf. Lokalbeitrag.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit ging die Wahl des ersten Geschäftsführers der Verwaltungsstelle Offenbach sehr schnell vor sich. In seiner Eigenschaft als Tarifmann der Lederwarenbranche mit dem sich in Offenbach soll Kollege Höf die Leitung des Bezirks und auch die Führung der Verwaltungsstelle übernehmen. Die Anwesenden erklärten sich mit dieser Kombination einverstanden. Trotzdem sich Kollege Höf sowie einige Kollegen gegen die Vornahme der Wahl in Anbetracht der nur noch in geringer Zahl Anwesenden wandten, wurde dieselbe vorgenommen und Kollege Höf einstimmig als erster Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Offenbach ge-

wählt. Kollege Höf versprach, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften die Interessen der Mitglieder zu vertreten.

Der Verbandsauschuß erfährt auf Grund der Beschlüsse des Verbandstages eine Umänderung dahingehend, daß zugunsten eines von Frankfurt ein tretenden Tapeziers der Kollege Bernward aus Mühlheim a. M. zurücktritt. Der zweite Vorsitzende Jung schloß die Versammlung nach dreistündiger Dauer um 8 Uhr. **H. K.**

Köln i. Wehl. (26. 4.) In einer am 21. April stattgefundenen gemeinschaftlichen, gut besuchten Versammlung führte Weimar in treffenden Worten Aufgaben und Zweck des Verbandes und die für die Zukunft noch bevorstehenden schweren Kämpfe vor Augen. Um diesen gewappnet entgegenzutreten zu können, müßten wir wenigstens finanziell sichergestellt sein. Darum könne er nur dringend empfehlen, ja es wäre Pflicht eines jeden, für die 1. Beitragsklasse einzutreten. Nach einer sehr erregten Diskussion wurde durch Abstimmung die 2. Beitragsklasse gewählt und ein Lokalzuschlag von 50 Pf. festgesetzt. — Der neue, durch den Schlichtungsausschuß abgeschlossene Tarif für Tapezierer wird als ein Schritt vorwärts bezeichnet, entspricht aber nicht allen Erwartungen. Er soll sofort wieder gekündigt werden. Den Kollegen wird empfohlen, da die Arbeitgeber an den Mindestlöhnen fließen, durch eigene Kraft zu versuchen, darüber hinauszukommen. — In den Vorstand wurden Weimar als 1. Vorsitzender, Demmin als Kassierer, Gölich als Schriftführer gewählt.

Siegen. (22. 4.) In der am 15. April tagenden Versammlung kam es zu einem scharfen Protest gegen das Vorgehen der Firma Willy Kreuzer in Siegen. Unter Vorpiegelung günstiger Bedingungen, Zahlung tarifmäßiger Löhne, Beförderung von Logis, werden die Kollegen veranlaßt, nach hier zu kommen. Die Firma kommt ihren Versprechungen in keiner Weise nach. Ein aus Elsaß-Lothringen ausgewiesener Kollege wurde mit der Bemerkung abgewiesen: „Sie sind zu alt für mich.“ Kollegen, seid gewarnt.

Stettin. (20. 4.) Versammlung vom 17. April. Kollege Lappan gab den Bericht von der gemeinsamen Vorstandssitzung. Bei der Wahl des Vorsitzenden mußten wir eine Persönlichkeit finden, die den Aufgaben eines solchen in heutiger Zeit gewachsen ist. Deshalb unterbreitet er folgende Vorschläge: 1. Vorsitzender H. Ganey, 2. Vorsitzender Lappan, Kassierer Wiese, Schriftführer Gabed, Beisitzer Ming und Borchardt. In der Diskussion wandte sich Feimde gegen eine Wahl des Kollegen Lappan, der in letzter Zeit schwer gegen die Kollegenschaft verstoßen habe; er schlug als 2. Vorsitzenden Borchardt und als Beisitzer Feldt vor. Lappan widerlegte die Anschuldigung. Schließlich wurde der gemeinsame Vorstand in folgender Zusammensetzung gewählt: Ganey 1., Borchardt 2. Vorsitzender, Wiese Kassierer, Gabed und Schlage Schriftführer, Ming und Feldt Beisitzer. Ueber die Festsetzung der Beiträge entspann sich eine lebhafteste Debatte. Es wurde beschlossen: für Vollarbeiter ist die erste Klasse, für Näherinnen und Hilfsarbeiter die dritte Klasse zu zahlen, für Lehrlinge die 30-Pf.-Klasse. Der Lokalbeitrag wurde für sämtliche Klassen auf 50 Pf. festgesetzt. Bei der Firma Stöber sind die Kollegen schon drei Wochen ausgesperrt. Vom Hauptvorstand ist aber noch kein Streifgeld eingetroffen. Wir zahlen gern unsere Beiträge, verlangen aber auch unsere Rechte. (Anmerkung: Das Geld ist sofort nach Eingang der Bestellung abgeandt. Traf es verspätet ein, lag die Schuld an den postfaktischen Verhältnissen.) Es wurde noch über die Maisfeier, Versammlungsfrage und Sommervergüngen verhandelt. Dann ermahnte der Vorsitzende Ganey die Kollegen, treu zum Verband zu halten, keine Zwietracht zu säen noch aufkommen zu lassen, sondern gemeinsam zu helfen, daß es vorwärts geht und den Vorstand in jeder Weise zu unterstützen. Anwesend 115 Kollegen. **Gabed.**

Streiks und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Lübeck. In den Verhandlungen wurde der Tariflohn für ältere Gehülfen auf 4,50 Mk. festgesetzt. Die allgemeine Steuerzuschulage beträgt 75 Pf. Für Mai werden weitere 50 Pf. verlangt. Ueber letztere Forderung schweben noch Verhandlungen.

Ashrersleben. Die Verhandlungen über die Neuregelung des Tarifvertrages verzögern sich. Einige Firmen haben inzwischen Kündigungen vorgenommen. Wir ersuchen dringend, jeden Bezug nach hier fernzuschicken.

Wernigerode. Die Höhe des bisherigen Tarifvertrages wurden um 50 Prozent erhöht, so daß der Mindestlohn auf 3,20 Mk. steigt.

Parßim i. M. Die Verhandlungen führten zum Neuaufschluß des Vertrages. Die Löhne betragen nunmehr gestaffelt 3.—, 3,50 resp. 3,85 Mk. Ab 1. Mai erfolgt ein Aufschlag von 16 Pf. Urlaub wird auf die Dauer von 3-8 Tagen gewährt.

Stettin. Hier bedurfte es erst eines kurzen Streiks, um die Unternehmer zur Verhandlung zu bringen. In der Verhandlung gelang es denn auch, die aufgestellten Forderungen durchzusetzen. Der neue Vertragslohn beträgt im 1. Jahre nach der Lehre 3,09 Mk., dann 4,10 Mk. und für Kollarbeiter 4,75 Mk. per Stunde. Den Affordarbeitern wurde ein entsprechender Zuschlag bewilligt.

Heiden. Die vereinbarte Teuerungszulage beträgt 80 Pf. für Kollegen unter 25 Jahren, 1 Mk. für ältere und 1,20 Mk. per Stunde für Verheiratete.

Frankfurt a. Main. Die Differenzen in den Stapelbetrieben sind beigelegt. Auf die Grundlöhne vom November 1919 erfolgt ein Zuschlag von 80 bis 90 Prozent. Ferien 3-8 Tage.

Kaiserslautern hat nach zweiseitigem Streit folgende Lohnsätze abgeschlossen: bis 18 Jahre 2,50 Mark, bis 22 Jahre 3-3,50 Mk., bis 25 Jahre 3,50 bis 3,90 Mk., ältere 4 Mk. Mindestlohn.

Heidelberg. Nach anfänglich völlig unzureichenden Zugeständnissen der Innung kam nunmehr folgende Vereinbarung zustande: 2,80, 3,40, 3,90 und 4,50 Mk. per Stunde. Die Zustimmung der Gesamtinnung steht noch aus.

Mannheim. Der Schlichtungsausschuss setzte im Schiedspruch folgende Staffellöhne fest: 2,66, 3,72, 4,10 und 4,96 Mk. per Stunde. Die Entscheidung beider Parteien steht zur Stunde noch aus.

Marburg-Lahn. Sowohl für die Rundschaftsbetriebe wie für den Spezialbetrieb Schäfer wurden weitere Teuerungszulagen vereinbart. Für die Innungsbetriebe sind rückwirkend vorläufig 20 Proz. vereinbart, der Lohn steigt damit auf 3,25 Mk.

München. Nachdem ein vom Schlichtungsausschuss gefällter Schiedspruch von den Unternehmern abgelehnt war, kam es nach erneuten Verhandlungen zu einer Verständigung. Die neue Teuerungszulage beträgt für jüngere Arbeiter im 1.-3. Jahre 50 Pf., für alle älteren Arbeiter 1 Mk. per Stunde. Die Näherheiten erhalten eine Zulage von 30 Pf.

Kfz-Reinigen. Nach sehr schwierigen Verhandlungen wurden die neuen Tariflöhne wie folgt vereinbart: Ausgelernte 2,50 Mk., bis 20. Jahr 3,25 Mk., bis 23. Jahr 3,70 Mk., bis 25. Jahr 4 Mk. und für ältere 4,30 Mk.

Düsseldorf. Bezug nach hier ist fernzuzhalten für Sattler und Tapezierer. Die Unternehmer versuchen Kräfte nach hier zu ziehen und lehnen Verhandlungen über unsere Forderungen ab.

Altenburg. Nach eintägigem Ausstand der Sattler und Tapezierer kam eine vorläufige Einigung zustande. Es erfolgt ein Zuschlag auf die bisherigen Löhne für beide Berufe von 15 Prozent. Es soll weiter über einen neuen Vertrag unterhandelt werden.

Elbing. Der Streik dauert hier an. Wir eruchen die Kollegen strengstens, jeden Bezug nach hier fernzuzhalten.

Gera. Die Kollegen stehen seit dem 21. April im Streik, da die Unternehmer die Verhandlungen zu verschieben versuchten.

Coblenz. Seit dem 19. April stehen die Kollegen im Streik. Trotzdem die Preise in Coblenz in der letzten Zeit ungeheuer gestiegen sind, verweigern die Unternehmer einen angemessenen Ausgleich.

Büxwed, Thüringen. Nachdem die Holzarbeiter seit vier Wochen in den Möbelfabriken im Streit stehen, haben sich unsere dort beschäftigten Kollegen dem Streik angeschlossen. Zugleich sind in den anderen Betrieben Forderungen gestellt. Sollte sich in diesen Betrieben keine Einigung ergeben, so werden auch diese Kollegen in den nächsten Tagen in den Streit treten.

Rundschau.

Die Volkshochschule Berlin versendet ihren Arbeitsplan für April-Juni 1920. Derselbe umfasst alle Wissensgebiete, die für vorwärtstrebende Arbeiter von Interesse sind. Eintrittskarten sind in den Gewerkschaftsbüros, in den Buchhandlungen „Vorwärts“ und „Freiheit“ zu haben. Vorträge kosten 50 Pf., Doppelstunden 1 Mk.

Bessere Kartoffelversorgung der Städte. Im Deutschen Landwirtschaftsrat hat am 20. April Dr. von Braun Mitteilung gemacht, daß eine Verständigung mit den Landwirten erzielt sei, um allen Städten mit über 10 000 Einwohnern pro Kopf und Woche je 6-7 Pfund Kartoffeln zu liefern. Die Einigung erfolgte auf Grund eines Systems von Lieferungsverträgen. Man hofft auf diese Weise von der Zwangswirtschaft loszukommen. Ein holländischer Konzern liefert 1 Million Tonnen Mais, die bereits unterwegs sind. Damit soll die Vieh-, vor allem die Schweinezucht, wieder aufgebaut werden.

Ueberproduktion und Tapetenindustrie. Kaum glaublich klingt es, wenn jetzt das Wort Ueberproduktion laut wird. Dennoch lesen wir in der „Tapeete“, daß sie bereits auf dem Marjache sei. Ein Fachmann aus der Tapetenindustrie behauptet darauf, daß erstens die hohen Tapetenpreise und das Bestreben der Fabrikanten und der Händler, möglichst viel Ware aufzupfeichern, über kurz oder lang zur Katastrophe führen müsse. Sobald die Kohlenbelieferung der Fabriken besser wird, würde es nicht lange dauern bis die Läger gefüllt sind. Infolge der hohen Preise würde aber der Absatz nicht so wünschgemäß vonstatten gehen. Die auf Lager befindliche Ware repräsentiert natürlich hohe Werte, die man nicht lange ruhen lassen kann. Fabrikant wie Händler werden gezwungen sein, die Ware schnellstens loszumachen, wollen sie den Betrieb in Ordnung halten. Wenn dieser Zeitpunkt eintritt, werde das Angebot die Nachfrage überwiegen und die Ueberproduktion ist da. Man kann dieser Ansicht nicht ganz unredt geben. Auch ein lehrreicher Beitrag zur Sozialisierungsfrage und ihrem Risiko.

Die Wahlen der Betriebsräte sollen nunmehr, soweit sie noch nicht eingeleitet oder bereits erfolgt sind, unbeeinträchtigt vorgenommen werden. Die in der Wahlordnung vorgesehenen Fristen sind nur Mindestfristen. Soweit sie nicht eingehalten werden konnten, wird es Sache der Wahlvorstände sein, für eine angemessene Verlängerung, gegebenenfalls Erneuerung der Fristen zu sorgen.

Die Einwohnerwehren müssen aufgelöst werden. Dafür wird den Orten amempfohlen, eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Schutzorganisation zu schaffen. Eine Bewaffnung mit Militärgeehren ist unzulässig.

Bücherschau.

Fehlinger, Hans. Deutsche in der Fremde. Leipzig. Dietrichsche Verlagsbuchhandlung. Die Schrift will einen Leseblick geben über die Deutschen in jenen Staaten, die von nichtdeutschen Volksmehrheiten bebohnt sind. Das Schicksal dieser Deutschen hängt ab von dem Verhalten der Völker, in deren Machtbereich sie leben. Der Verfasser meint: Trotz aller Febereien werde der Geist des Hasses verdrängt werden. Das wollen wir hoffen und unser Teil dazu beitragen, daß der Geist des Sozialismus und der Völkerverjöhnung Einzug hält in die Herzen der Menschen.

Hoffmann, Dr. Gustav. Natur und Liebe. Preis 70 Pf. Moskau, Verlag für sozialistische Lebenskultur.

Der Verfasser bemüht sich seit Jahren redlich, der Ausbreitung des Sozialismus die Wege zu bereiten. Der Sozialismus erfüllt heute noch nicht im vollen Umfange seine historische Aufgabe, der Menschheit den vollen Ertrag zu geben für alles das, was sie bisher durch die Religion, durch den Gottesglauben an ethischen und sittlichen Werten in der Erziehung der heranwachsenden Jugend erzielen konnte. Naturerkenntnis und Geistesbildung sind die Grundlagen der sozialen Menschheitsverbündung, damit muß die Beseitigung der materiellen Not Hand in Hand gehen, denn sie ist vielfach die Ursache aller bösen Handlungen.

Sozialismus ist Wiegeburt, der Fortschritt der Menschheit. Andersfalls werden wir verjümpfen und untergehen.

Verfammlungskalender.

Breslau. Donnerstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, allgemeine Versammlung im Meinen Saale des Gewerkschaftshauses. Jeden Sonnabend, von 8 bis 10 Uhr abends, Zusammenkünfte in „Stadt Wien“, Malergasse 26. Die Gesangsabteilung „Deforavia“ tagt jedes Mittwochabend von 8 bis 11 Uhr im „Goldenen Schwan“, Kupferschmiedestraße und erjucht alle Kollegen um Teilnahme.

Briefkasten der Redaktion.

Wegen Stoffmangel mussten verschiedene Einwendungen wiederholt zurückgestellt werden.

Sterbetafel.

Berlin. Verstorben Hugo Böse am 8. April im Alter von 56 Jahren (Kofferbranche), August Lindermann am 8. April, 60 Jahre alt (Wagenbranche).
Hildesheim. Infolge Unglücksfalles verstarb am 17. April unser Kollege Heinrich Brandes im Alter von 48 Jahren.
Königsberg i. Pr. Bei dem fürchtbaren Unglück in Nothenstein verlor auch unser bewährter Kollege Fritz Melzer im Alter von 39 Jahren sein Leben.

Chre ihrem Andenken!

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Die Ausschussmitglieder der Ortskrankenkasse der Buchbinder werden hiermit zu der am **Dienstag, den 11. Mai 1920**, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15, Saal 3, stattfindenden

Ordentlichen Ausschußsitzung eingeladen.

- 1. Tagesordnung: 1. Protokollverlesung.
- 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1919.
- 3. Satzungsänderung der §§ 1, 2, 4, 9, 10, 13, 14, 19, 32, 47, 57, 61, 75 und 80.
- 4. Aenderung der Dienstordnung.
- 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.
R. Gottesmann, Vors., Fr. Keefe, Schriftf.

Zur Beteiligung an einer Reiseartikelfabrikation

wird ein zuverlässiger Fachmann mit 10-20 Wille und guten Umgangsformen gesucht. **Fabrikationsräume, passende Maschinen sind vorhanden.** Angebote an **W. Niemann, Magdeburg, Hardenbergstraße 10 II.**

Täschner
perfekt auf Reise-, Maulbügel- und Stegtaschen sofort gesucht. Offerten unter **N. R. 250** an die Exped. d. Bl.

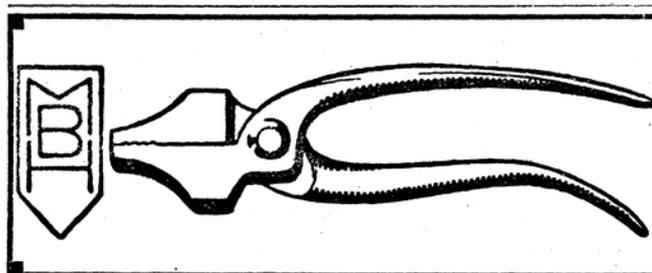
Sattler
für Sportartikel (Fuß-, Schlag- usw. Wälle) sofort gesucht.
M. Hafemeier & Co.,
Crefeld, Uerdinger Straße 104.

Spezialarbeiter
für Manschettenfabrik gesucht. Offerten unter **200** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Sattler
eingearbeitet auf Sportartikel (Fuß-, Schlag- und andere Wälle) sofort gesucht.
Josef Hochstein, Herdecke.

Tüchtige selbständige Portefeuller
auf Köbertaschen gesucht, und solche, welche auf Reparaturen schon gearbeitet haben, werden sofort eingestellt.
H. Roßberger, Lederwarenfabrikation
Düsseldorf, Waffelstraße 8

Tüchtige Täschner
welche in Maulbügeltaschen und Suitafestkoffer gut eingearbeitet sind, für eine Lederwarenfabrik Süddeutschlands zum sofortigen Eintritt gesucht. Bei entsprechender Leistung dauernde Stellung. Offerten unter **N. R. 600** a. d. Exp. d. Bl.



Max Brucklacher
Hamburg I
Werkzeuge Stahlwaren
Engros